Oberland", später „Blücherbund" genannt, sammelten sich wertvolle Kräfte.

Die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Auseinandersetzung zwischen der nationalen, d. h. staatserhaltenden und der internationalen, staatszerstörenden Richtung wurde in nationalen Kreisen doch immer mehr und mehr erkannt.

Die Überzeugung, daß diese Auseinandersetzung nicht durch unausgesetztes Predigen von „Ruhe und Ordnung", sondern nur durch Kampf erfolgen konnte, setzte sich in der nationalen Bewegung allmählich, wenn auch langsam, durch.

Auf der anderen Seite bedeutete die Einigung zwischen M.S.P. und U.S.P. zweifellos ein Eingeständnis der Angst vor der erstarkenden nationalen und völkischen Bewegung.

Die Weltpolitik zu Anfang des Oktober 1922 stand ganz im Zeichen des türkischen Freiheitskampfes Kemal Paschas, den Frankreich stützte. Dagegen versuchte England einen Druck auf Frankreich dadurch auszuüben, daß es der Aufrollung der Kriegsschuldfrage durch den deutschen Reichskanzler zustimmte.

In Bayern entwickelten sich die Dinge im Monat Oktober dahin, daß der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld zurücktreten mußte. An seine Stelle trat von Knilling, der sich vorher des Einverständnisses der nationalen Kreise versichert hatte.

Der Ausgang des Jahres 1922 sah die N.S.D.A.P. Hitlers, der sich mittlerweile an die Arbeitsgemeinschaft der Vereinigten Vaterländischen Verbände angeschlossen hatte, in großem Aufstieg. Der Sieg des italienischen Faschismus trug zweifellos zu diesem Aufschwung damals bei. Daneben war es aber das offenkundige Versagen aller parlamentarischen Parteien, das die sehnenden Volksmassen zu Hitler trieb.

Die großen Judenzeitungen der Welt nahmen mit Besorgnis von dem drohenden Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung Kenntnis. Die Wiener „Neue freie Presse" vom 14. 12. 1922 mußte anerkennen, daß Hitler aus „einem nicht ganz ernst genommenen Außenseiter der stärkste Machtfaktor des süddeutschen Nationalismus" geworden war.

Der völkische Gedanke drang auf der ganzen Linie siegreich vor.

Der Deutsche Turnerbund (1919), der rund 600 Vereine deutscher Art umfaßt und in Linz 1922 ein rein deutsches

Treffen veranstaltet hatte, gab zu Ende des Jahres ein Rundschreiben an die angeschlossenen Turnvereine des Bayerischen Turnerbundes heraus, worin er forderte, „daß das Deutsche Turnerfest in München 1923 in streng völkischem Geiste veranstaltet und durchgeführt werde und nur von Festgästen und Turnern deutschen Stammes und arischer Abkunft besucht werden dürfe".

Diesen zusammenfassenden Überblick über die Entwicklung der politischen Lage im Reiche und in Bayern sowie der vaterländischen und der völkischen Bewegung in den Jahren 1921 und 1922 mußte ich voranstellen als Grundlage des Verständnisses für den Kampf, den die Sozialdemokratie geführt hat, um die bayerische Reichswehr ihrem Einfluß unterzuordnen.

Im Januar 1922 erschienen plötzlich in der sozialistischen Presse heftige Angriffe gegen General von Epp, die ihm Unterstützung der Nationalsozialistischen Partei und des „Völkischen Beobachters" vorwarfen. Desgleichen erfolgte eine Interpellation im Reichstage in der gleichen Angelegenheit.

Kurz darauf reichte der Abg. Auer eine längere Anklageschrift bei dem Reichswehrminister Geßler ein. Er behauptete darin, daß von der Reichswehr Sturmkolonnen abgestellt seien, um die „Münchener Post" zu zerstören.

Vor allem aber waren die Waffentransporte und die Unterbringung der Waffen im Lande das Ziel seines Vorstoßes.

Dabei richtete er eine Reihe von persönlichen Angriffen gegen mich und meine Mitarbeiter.

Das Schreiben Auers lautete im Auszug:

Sturmkolonnen gegen die „Münchener Post".

Im Hartmannshof in der Hartmannstraße in München wurde vor einigen Monaten eine Sturmkolonne aus Reichswehrlern gegründet, die die Aufgabe hat, gegebenenfalls die „Münchener Post" mit Handgranaten zu überfallen. Bestimmt hierzu wurden vier handfeste Kerls, die die entsprechende Bewaffnung aus den Reichswehrbeständen erhalten sollten.

Was wissen Sie davon? Wer gibt das Geld?

Gegen Ende Januar waren in Wien etwa 30 aktive und inaktive Offiziere, darunter der Hauptmann Ernst

Röhm, Adjutant des Generals Epp, in fröhlichem Festgelage versammelt, um bei Wein und Sekt die Waffenschiebungen aus Bayern an die Alldeutschen Deutschösterreichs und Ungarns wieder einmal zu regeln. In München treffen sich diese bayerischen Schieber fast täglich in der Witterschen Weinstube, Barerstraße 55. Hauptmann Röhm führt den Vorsitz. Dort ist auch die Geburtsstätte der Mörder- und Prügelgedanken gegen politisch Unbequeme. Röhm, der nebenbei bemerkt ein eifriger Förderer der Korpsstudenten ist, die er in den Kasernenhöfen zum Schießen ausbilden ließ, war aus dem 10. Infanterie-Regiment Ingolstadt als Offizier hervorgegangen, wurde im Kriege dem bayerischen Generalstab zugeteilt und ist von Haus aus vermögenslos.

Röhm ist eingeschriebenes Mitglied des Nationalverbandes Deutscher Offiziere sowie der Nationalsozialisten. Beides ist für aktive Offiziere streng verboten.

Für heute wollen wir uns nur mit den Geschäften der Firma Faber und Winter in München, die den geregelten Betrieb der staatlichen zwanzig Lastautos und drei Personenautos Nr. 4401—4427 zu leiten hat, ferner mit der gleichartigen Unternehmung Brand und Kroneis in Nürnberg, Plärrer, beschäftigen. Über dem ganzen schwebt Hauptmann Röhm, dann Hauptmann Heiß. Beide sind unter dem Namen „Maschinengewehr-Könige" von Bayern nicht unbekannt.

Ihre Aufgabe ist:

1. Waffen im Lande suchen zu lassen,
2. diese gefundenen Waffen im Lande verstecken zu lassen und
3. sie gegebenenfalls verschieben zu lassen.

Der Hauptschieber für die Orgeschbelieferung in München war der Leutnant Salcher. Zum Verschieben der Waffen, auch über die Grenzen, dienen die benannten Lastautos, während die Personenautos den Verbandsoffizieren zur schnelleren Abwicklung der Geschäfte helfen müssen.

Dieses verschobene Staatsgut scheint uns ein sehr einträgliches Geschäft zu sein, denn dem Leiter des Ganzen, Hauptmann Röhm, stehen große Geldmittel zur Verfügung. Wir fragen deshalb:

1. Ist der General Epp von diesen Geschäften, die sein Adjutant betreibt, unterrichtet?

2. Besteht ein Geheimfonds, der den Schiebern von Staatsgut zur freien Verfügung steht?
3. Hat der Reichswehrminister Geßler Kenntnis von den alldeutschen Umtrieben in der Reichswehrabteilung Bayern?

Es ist eine bekannte Tatsache, daß Röhm eine Militärdiktatur in Deutschland, zu dem Deutsch-Österreich kommen soll, will. Geht dies nicht, so ist Röhm auch bereit, dies dann vorläufig für den sog. Donaustaat, Südbayern mit Deutsch-Österreich—Tirol—Salzburg, durchzuführen. Dazu sollen die verschobenen Waffen in erster Linie dienen.

Als Leibblätter dienen der „Miesbacher Anzeiger" und der „Völkische Beobachter". Ein guter Freund des Röhm ist der Inhaber der Zeitungszentrale an der Schäfflerstraße in München, Herr Fürholzer, Hauptmann a. D., Kommandeur des Eisernen Bataillons Fürholzer.

Nun begreift man auch, warum dieser Herr besonders für diese beiden Blätter in den Auslagefenstern des Geschäftes so starke Propaganda betreibt.

Zu Röhms Freunden zählt auch der Führer der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Hitler. Die Stoßtrupps zu seinen Versammlungen gibt die Minenwerferkompanie 19 der Reichswehr. An der Spitze steht Hauptmann Streck. Die Kompanie ist fast vollzählig Mitglied dieser Nationalhelden. Die Prügeleien im Löwenbräukeller und Hofbräuhaus sind mit auf das Konto dieser Stoßtrupps zu setzen.

Hitler ist oftmals Gast des Hauptmanns Röhm, in dessen Wohnung, Aldringenstraße 4. Die Frage, die die „Münchener Post" seinerzeit stellte, wo hat Hitler das Geld zu seiner Agitation her, wofür Hitler nur grobe Worte hatte, lüftet sich nun allmählich.

Das für heute. Herr Epp wird hierzu nicht mehr schweigen können, wie er dies allgemein beliebt.

Zu dieser freundlichen Charakteristik meiner Person will ich doch einige Worte sagen:

Die Zusammenkunft in Wien hat niemals stattgefunden. Der Vorwurf, mich durch Waffenschiebungen bereichert zu haben, überrascht mich von dieser Seite nicht. Die Auffassung, eine Sache wird um ihrer selbst willen getan, kann man dem Vorstellungsvermögen eines marxistischen Führers nicht zu-

muten. Allerdings hätte dem vormaligen Herrn Staatsminister des Freistaats Bayern während seiner Amtsführung die Beobachtung nicht entgehen sollen, daß bei den Behörden stets besondere Verwaltungsstellen mit der Abwicklung der Geldgeschäfte betraut sind. Sonst hätte er voraussehen müssen, daß mir dies den **Nachweis**, keinen Pfennig erhalten zu haben, ermöglicht.

Wohl Ihnen, Herr Auer, wenn Sie solche unwiderlegliche Nachweise für sich und Ihre Freunde auch stets erbringen können!

Am 5. Dezember 1922 war dem General von Epp folgende Verfügung zugegangen:

Es werden versetzt:

Hauptmann Röhm im Generalstab des Inf.-Führers VII in den Generalstab der 7. Division,
Hauptmann von Hanneken im Generalstab der 7. Division in den Generalstab des Inf.-Führers VII.

Berlin, den 25. November 1922.

Der Reichswehrminister:	Der Chef der Heeresleitung:
Dr. Geßler.	von Seeckt.

F. d. R.:
Heye.

In einem Begleitschreiben war dazu ausgeführt, „daß diese Regelung im Interesse der Sache und aller beteiligten Persönlichkeiten am besten erscheint.

Röhm, der auf Befehl des Ministers jedenfalls versetzt werden sollte, kann in der Versetzung zur Division nur eine Versetzung „die Treppe hinauf“ sehen.“

Für mich hatte sich wieder ein Abschnitt meines militärischen Lebens vollendet.

Vier Jahre, seit Aufstellung des Freikorps, hatte ich im Stabe des Generals als Generalstabsoffizier und Adjutant Dienst geleistet.

Darüber hinaus war ich sein nächster Gehilfe in all den Dingen, mit denen General von Epp infolge des hohen Ansehens und des großen Vertrauens, das er im Volke genoß, befaßt war. Nun wurde ich von meinem Kommandeur getrennt.

General von Epp weigerte sich, den an meine Stelle versetzten Hauptmann von Hanneken in seinem Dienstbereich zu verwenden; ich meldete mich nicht zum Dienstantritt im Wehrkreiskommando.

Der General bat den Befehlshaber, die Versetzung rückgängig zu machen.

General von Möhl aber konnte, da die Versetzung einem besonderen Wunsch des Reichspräsidenten entsprach und zudem schon seit Sommer 1922 in Aussicht genommen war, dieser Bitte nicht entsprechen. Er schrieb in seiner Erwiderung an General von Epp, „daß Hauptmann Röhm auch in seiner Einteilung beim Wehrkreiskommando seine bisherige verdienstvolle Tätigkeit in vollem Umfang in seinen bisherigen Räumen und im engen Zusammenarbeiten mit General von Epp fortsetzen sollte“, und versprach auch, da seine Versetzung als Befehlshaber der Gruppe nach Kassel bevorstand, das gleiche bei seinem Nachfolger, Generalleutnant von Lossow, anzuregen.

So blieb schließlich nichts übrig, als sich in das Unabwendbare zu fügen.

Daß die Maßregelung erfolgte, kann nicht weiter wundernehmen.

Ziel der Sozialdemokratie war, sich die Kontrolle über die Waffenbestände in Bayern zu verschaffen. Da die Versuche, sich der Männer zu versichern, die den Hort hüteten, fehlgeschlagen waren, mußte ihr erstes Ziel sein, diese Männer unschädlich zu machen. Der sicherste Weg dazu war zunächst die Trennung dieser Persönlichkeiten; die Erledigung der Getrennten bot dann schon geringere Schwierigkeiten.

Das erste Kampfziel war vorerst restlos erreicht. Das Reichswehrministerium hatte sich praktisch zum Steigbügelhalter der Roten gemacht.

Da die politische Lage im Reiche es zwang, mit den Wölfen zu heulen, mußte das Ministerium so handeln, wenn es nicht entschlossen war, gegen das System als solches schroff Front zu machen. Daß General von Seeckt diese Absicht nicht hatte, geht aus seinem späteren Verhalten bis zu seinem widerstandslosen Abgang hervor.

Der Erfolg des roten Schachzuges übertraf aber die sozialistischen Erwartungen insoferne, als die amtliche Trennung auch eine tatsächliche Trennung zur Folge hatte.

Nach einigem Hin und Her mußte ich meinen Dienst als Generalstabsoffizier im Stabe der 7. Division antreten.

Ich unterstand nun einerseits, der Überlieferung und meiner Neigung folgend, dem Infanterieführer, General von Epp, anderseits, meiner dienstlichen Einteilung und unmittelbaren Unterstellung zufolge, dem Befehlshaber der 7. Division, Generalleutnant von Lossow, und seinem Generalstabschef Oberstleutnant Freiherrn von Berchem.

War das Wehrkreiskommando, als vorgesetzte Stelle schlechthin, bisher eine Art feindliche Behörde, vor der wir, d. h. der General und ich, den Schleier über unsere letzten Geheimnisse nicht gerne lüften wollten, so gehörte ich jetzt selbst diesem Stabe an.

Oberstleutnant von Berchem war nun einmal mein nächster Vorgesetzter, und wenn er etwas wissen wollte, mußte ich ihm auch klar und offen Rede und Antwort stehen.

General von Epp empfand meine Zusammenarbeit mit der neuen Behörde peinlich. Er glaubte wohl, daß ich mich seinem Einflusse allmählich entziehen wollte und wurde kühler gegen mich.

Das restlose Vertrauen war erschüttert. Auf der anderen Seite hatte ich die Empfindung, daß meine Belange doch nicht bis zum letzten gewahrt worden waren. Das wieder kränkte mich. So öffnete sich hier, zunächst unmerklich, ein Spalt.

Diese Stimmung, sich gegenseitig nicht mehr ganz verstehend, ja leisen, aber wachsenden Mißtrauens, bot den günstigen Nährboden für die Arbeit der Männer, denen wir beide ein Dorn im Auge waren. Glaubten doch manche, daß ich zu großen Einfluß gewonnen hätte. Sie sahen mit Neid das Vertrauen, das ich bei den vorgesetzten Stellen genoß und das mir von allen vaterländischen Kreisen entgegengebracht wurde, übersahen aber die große Arbeitslast und Verantwortung, die auf mir lastete, und die Tatsache, daß ich diesem Dienst alles gab und auf all das, was sonst das Leben dem Offizier bietet, Verzicht leistete. Die gleichen waren es aber auch, die dem General von Epp die Stellung nicht zuerkennen wollten, die er für sich beanspruchte und wegen seiner besonderen Verdienste um das Vaterland und das neue Heer auch beanspruchen konnte.

Spätere offene Aussprachen zwischen dem General und mir ließen uns manche dieser Dunkelmänner erkennen.

So stand am Ende einer vierjährigen, treuen Zusammenarbeit in schwierigsten Lagen eine Entfremdung, an der ich mich freilich von Schuld selbst nicht freisprechen kann.

Daß dieser vorübergehende Zustand später wieder dem alten Vertrauensverhältnis gewichen ist, danke ich der ritterlichen Gesinnung meines verehrten Kommandeurs.

Einem Ereignis, das viele Monate die Reichswehr in Atem hielt und vor die schwersten Belastungsproben stellte, der Einführung der neuen Reichskokarde, hatte ich wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung an dieser Stelle eine ausführliche Betrachtung gewidmet.

Ich muß hier, um Raum zu sparen, von der Wiedergabe dieser Ausführungen absehen und mich auf die Feststellung beschränken, daß eine Reihe aufrechter Offiziere den Kampf um die schwarzweißrote Kokarde, das letzte Zeichen der alten, ruhmbedeckten Armee bis zur äußersten Folgerung durchgeführt hat.

Ich persönlich konnte mich, da ich nicht in der Truppe stand, bis zu meinem Ausscheiden besonderen Zusammenstößen entziehen. Viele andere aber wurden in ihrem Kampfe zermürbt und mußten schließlich, vereinsamt und verlassen, den Kampf aufgeben. Als Märtyrer der Idee wird das Reichsheer aber immer den Hauptmann Streck ehren müssen, der lieber den Abschied nahm, als sich in dieser Frage zu unterwerfen. Er wurde in die Wüste geschickt: Das Los deutscher Männer in der „deutschen" Republik!

21. Im Generalstab der 7. (Bayer.) Division; Ruhreinbruch.

Bei meiner Versetzung in den Stab der 7. Division hieß es auch Abschied nehmen von dem mir lieb gewordenen Stab des Infanterieführers, dessen Kommandant ich gleichzeitig gewesen war.

Diese Verwendung hatte ich mir besonders von General von Epp erbeten. Ich wollte nicht nur Schreiber, sondern Soldaten, wenn es auch nur wenige waren, unter meinem Kommando haben. Beim Stab der 12. Bayer. Inf.-Division

im Felde hatte ich es auch so gehalten. So konnte ich wenigstens an einem Nachmittag der Woche mit dem ganzen Stab zum Schießen und Handgranatenwerfen nach Oberwiesenfeld oder Neufreimann ausrücken. Hierzu pflegte sich auch General von Epp stets einzufinden und sich persönlich am Schießen und Werfen zu beteiligen.

Ich kann die Namen all der prächtigen Unteroffiziere und Mannschaften nicht nennen, die mir gleichmäßig alle ans Herz gewachsen waren; denn ich müßte sie alle hier aufführen. Ein Beweis für den ausgezeichneten Geist und die treue Kameradschaft, die uns vereinte, ist wohl der, daß der Stab sich heute noch, meist am Geburtstag des Generals von Epp, um seinen Kommandeur versammelt, um einige frohe Stunden mitsammen zu verleben.

In Major List und Major Hühnlein, die als 1. Generalstabsoffiziere im Stabe des Infanterie-Führers tätig waren, hatte ich hervorragende Förderer gehabt, die meine Arbeit, wo sie konnten, unterstützten und mir aufrichtige Kameraden waren. Insbesondere schloß ich mich enge an Major Hühnlein an, in dem ich einen Mann von einer Lauterkeit der Gesinnung, einer unbeugsamen Entschlossenheit und Festigkeit und einem Kameradschaftsgefühl schätzen lernte, das sich weit über den Durchschnitt erhob.

Wir traten uns erst auf einer Generalstabsübungsreise des Wehrkreises VII, die in der Gegend von Tittmoning stattfand, näher.

Das Geschick der Versetzung hatte außer mir auch meinen Freund, Hauptmann Heiß, ereilt. Die Weisung, daß die Versetzung im Interesse der „Sache" erfolgen müsse, hatte der Herr Reichswehrminister persönlich dem Chef des Heerespersonalamts mit den Worten erteilt: „Entweder Heiß oder ich!" Zur Entgegennahme der Gründe seiner Versetzung wurde Heiß nach Berlin beordert.

Auf Grund einer Veröffentlichung in der Pariser Zeitschrift „La vieille France" war folgendes bekannt geworden: Durch eine Note vom 10. 9. 1922 hatte die Reichsregierung die französische Regierung darüber informiert, daß ein starrsinniges Festhalten an den Reparationsforderungen, das mit dem Sturz der Mark gleichzeitig die fortschreitende Teuerung der allgemeinen Lebenshaltung in Deutschland zur Folge habe,

Wasser auf die Mühlen der Nationalen schütte, ihnen vielleicht zur Macht verhelfen und dadurch den Frieden gefährden würde.

Ein Urteil über diese Note erübrigt sich wohl.

Demgegenüber rief Heiß den vierten Stand auf, „den Stand der Kämpfer, der über vier Jahre auf allen Schlachtfeldern mit Leib und Leben die Heimat beschützt hat, dem das Vaterland immer alles und das Leben nichts war, der nicht gewillt ist, tatenlos in den Abgrund hinuntergerissen zu werden, den Stand, der nicht kämpft mit faden Versprechungen von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Schönheit, Würde, Brot und wie der ganze hohle Phrasendrusch heißt, der nur kennt Disziplin, Treue und Gefolgschaft, der nur ein Ziel hat: die gründliche, unerbittliche Säuberungsaktion, das ist die Waffenentscheidung zwischen unserer germanischen Weltanschauung mit der marxistisch-jüdischen Internationale. Die deutsche Not hat nur ein Gebot: ‚Schlagt tot!'" Ja, das war damals noch der ganze unkomplizierte „Vater Heiß", der so sprach.

In München aber häuften sich in dieser Zeit, wie die „Münchener Post" fassungslos berichtete, die Angriffe der „Hakenkreuzler" auf „Arbeiter". Als ein schneidiger Reichswehrsoldat einen Zusammenstoß mit einigen Lümmeln hatte, wobei er den einen eine „Schwarz-Rot-Goldene Sau" geheißen haben soll, drohte die Tante vom Altheimereck mit der „Selbsthilfe der Arbeiterschaft". Als das nicht verfing, versuchte sie es damit, daß sie vorgebliche Amerikaner und Italiener aufmarschieren ließ, die angeblich von den Hakenkreuzlern belästigt worden waren, und den Behörden ans Herz legte, „daß das bisherige System der nachsichtigen Duldung solcher Exzesse mit der schwersten Schädigung unseres Ansehens in der Welt verbunden sei".

Für mich ging das Jahr 1923 verdrießlich an, wie ein rechtes Unglücksjahr.

Brachte es als Neujahrsgabe meine Trennung von General von Epp, so schien schon im ersten Monat die ganze Meute von Neidern und Feinden, von aufgehetzten und irregeleiteten Angreifern auf mich losgelassen zu sein.

Die Angriffe gegen mich erfolgten von allen Fronten; Zusammenstöße, Beschwerden, Ehrensachen lösten sich in ununterbrochener Folge ab.

Manche Beleidigung zwang mich zu persönlicher Abwehr; in anderen Fällen rief ich das Ehrengericht an, das die schmählichen Verleumder entlarvte.

Eine von mir gegen meine Person beantragte dienstliche Untersuchung hat natürlich auch nicht den Schimmer unehrenhafter oder pflichtwidriger Handlungen ergeben. Der Ehrabschneider wurde zur Rechenschaft gezogen. Aber bitter war es doch, sich gegen solche Geschosse überhaupt decken zu müssen. Diese vielen persönlichen Anrempelungen hemmten natürlich, und damit war ihr Zweck auch erreicht, meine Schaffenskraft oft in empfindlicher Weise.

Demgegenüber hatte mein Arbeitsgebiet gerade zu Beginn des neuen Jahres eine besondere Bedeutung erhalten, es erforderte die Anspannung aller Kräfte bis zum äußersten.

Der Januar 1923 brachte den Beutezug Frankreichs und Belgiens ins Ruhrgebiet.

Angebliche Verfehlungen Deutschlands bei der Lieferung von Vieh, Holz, Kohlen und Pflastersteinen mußten als äußerer Anlaß herhalten. Ziel war die Festsetzung am Rhein und Ruhr und die Zerschlagung Deutschlands durch Vormarsch an die Mainlinie. Die schwere Gefahr wurde vom ganzen Volk einheitlich erkannt. Eine innere Verbundenheit, ein Sehnen nach Einigkeit und Zusammenschluß, ähnlich wie im August 1914, erfüllte die deutschen Lande. Daneben gewann die Entschlossenheit zur Abwehr und der Wille zum Kampf Kraft und Gestalt. Ein Mann an der Spitze des Reiches, nur beseelt von glühender Vaterlandsliebe und furchtlos entschlossen, allen Gewalten zum Trotz sich zu erhalten und zu kämpfen, hätte ein einiges Volk hinter sich zwingen und zur Freiheit führen können.

Das Schicksal betraute den Reichskanzler Cuno mit dieser Aufgabe.

Der Reichskanzler suchte und fand seine Stütze an dem sozialistischen Präsidenten des Reiches und — ein zweiter Bethmann Hollweg — an den parlamentarischen Parteien.

Die sozialistischen Führer aber nahmen die Gunst des Augenblicks wahr und setzten sich an die Spitze der nationalen Widerstandsbewegung, um sie im geeigneten Zeitpunkt abzuwürgen.

Zunächst hatte sich im Reichstag die „nationale Einheitsfront“ gebildet. Nach Ansprachen von Loebe und Cuno

faßte der Reichstag am 14. 1. 1923 — nur gegen den lärmenden Widerspruch der Kommunisten und die sachlich treffend begründete Ablehnung des Völkischen von Graefe, der die halben Maßnahmen schonungslos bloßstellte —, die Entschließung: Der Reichstag erhebt gegen den Rechts- und Vertragsbruch der gewaltsamen Besetzung des Ruhrgebietes feierlich Protest. Der Reichstag wird die Regierung bei Anwendung jeder zur entschlossenen Abwehr dieses Gewaltaktes zweckdienlichen Maßnahme mit allen Kräften unterstützen.

Im ganzen Reich wurde ein „Trauertag“ für den 14. 1. 1923 angesetzt.

In Berlin fanden große Kundgebungen statt, auch München trauerte und protestierte: vormittags offiziell im Odeon, mittags an der Feldherrnhalle und nachmittags auf dem Königsplatz. Ministerpräsident Dr. von Knilling und der Landtagspräsident Königbauer machten sich zum Heerrufer gegen den „französischen Imperialismus“; auf dem Königsplatz sprachen Professor Bauer, Dr. Pittinger und Pater Rupert Mayr.

„Nur Hitler fehlte.“

Über diese Einheitsfront wollte er nicht sprechen.

„An allen Ecken und Enden phrasengeschwängerter Nationalismus und Chauvinismus angeboten und zur Schau getragen! Modetag mit Nationalistenkorso!“ schrieb die kommunistische „Neue Zeitung“, und die „Münchener Post“ stellte darauf voll nationaler Empörung (!) eine geheime Verbrüderung zwischen „Hakenkreuz und Sowjetstern“ fest.

Die Folgen der verfehlt angelegten, kitschig und unzulänglich durchgeführten Trauerkundgebung am Königsplatz ergaben eine Kräfteverschiebung im bisher formell geeinten nationalen Lager.

Die Nationalsozialisten marschierten aus dem Verband vaterländischer Vereine ab. Die Gruppe Zeller der Vereinigten Vaterländischen Verbände München sagte sich von Pittinger los. Die Roten in Bayern waren einer schweren Sorge ledig. Sie sahen sich durch ihr äußerliches Zusammengehen mit den Anständigen in ihrem Ruf wieder hergestellt, die Nationalsozialisten, ihre erbittertsten Feinde, waren in die Opposition gedrängt.

Den Nationalsozialisten brachte ihre Einstellung fast augenblicklich die größten Schwierigkeiten.

Für den 27. und 28. 1. 1923 war der Nationalsozialistische Parteitag in München anberaumt. Gerüchte wurden in Umlauf gesetzt, wonach Hitler diesen Parteitag zum Anlaß des seit Monaten angesagten „Putsches" machen würde. Darauf entschloß sich die Staatsregierung, um Störungen der Ruhe und Ordnung hintanzuhalten, einschneidende Bestimmungen für den Parteitag zu erlassen. Hitler wiederum verlangte für seine Bewegung nachdrücklich das Recht zur ungestörten Durchführung des Parteitages und die Zulassung von Veranstaltungen und Festlichkeiten unter freiem Himmel. Vertreter Hitlers drohten sogar dem Staatsminister Dr. Schweyer, den staatlichen Anordnungen Gewalt entgegenzusetzen. Daraufhin verhängte die bayerische Staatsregierung — v. Knilling, Gürtner, Schweyer, Matt, Krausneck, Oswald, Wutzlhofer und v. Meinel — den Ausnahmezustand im rechtsrheinischen Bayern.

Am 26. 1. 1923 war die Lage die, daß für den 27. und 28. zwischen Nationalsozialisten und den von der Regierung aufgebotenen Kräften — Polizei, Landespolizei, Reichswehr und zur Verstärkung der Reichswehr einberufenen Selbstschutzverbänden — Zusammenstöße erwartet werden konnten.

Hitler befand sich in schwerer Lage: Er hatte seinen Kopf zum Pfand gesetzt; ein Zurückweichen kostete ihm einen unerträglichen Ansehensverlust. Sämtliche anberaumten Versammlungen fielen unter das Verbot. Aber auch die bayerische Staatsregierung war in eine Sackgasse geraten und konnte nicht mehr gut zurück. In diesem Augenblick schwerster Spannung, einem Augenblick, der über sein Schicksal überhaupt entscheiden konnte, fand Hitler in der Reichswehr die helfende Stütze. General von Lossow hatte angesichts der beunruhigenden Lage die Truppenkommandeure und die Offiziere des Standortes München zu einer Besprechung befohlen. In dieser Besprechung ergriffen viele aufrechte Offiziere für Hitler das Wort. Insbesondere war es der General von Epp, der für ein Eingreifen in die verfahrene Lage seine mahnende Stimme erhob. Ich fieberte in jener Versammlung und gab meiner Erregung über das Verhalten der bayerischen Regierung lauten Ausdruck. Dies veranlaßte einen anderen Generalstabsoffizier des Wehrkreiskommandos zu dem Vorhalt, er verstehe es nicht,

wie ich mit meinen Anschauungen Angehöriger der Reichswehr bleiben könnte. Dem „Einheitssoldaten", wie ich diese Leute nannte, war eine Beschäftigung mit Politik ein unerhörtes Verbrechen!

Nach einem Vortrag, den ich unmittelbar nach der Offizierbesprechung mit einigen Gleichgesinnten bei General von Epp hatte, sprach dieser nochmals persönlich bei General von Lossow vor.

Daraufhin befahl mir der Landeskommandant, Hitler herbeizuholen. Augenblicklich brachte ich ihn. In der Aussprache, die im Beisein des Chefs der Landespolizei stattfand, gab Hitler die Versicherung, daß er für eine ruhige Abwicklung des Parteitages sich verbürge. General von Lossow beauftragte mich dann, bei der Regierung in seinem Namen für eine Milderung der einschneidenden Bestimmungen einzutreten. Ich fuhr nun mit Hitler zum Staatskommissar von Oberbayern, Exzellenz von Kahr, der auf die Rücksprache hin zusagte, sich für den nationalsozialistischen Führer einzusetzen. Von dort brachte ich Hitler zum Staatskommissar für München Stadt und Land, dem Polizeipräsidenten Nortz, der nach langer eindringlicher Unterredung sich bereit erklärte, von sich aus einen Teil der nationalsozialistischen Versammlungen zu genehmigen. Dafür trat Hitler mit seiner ganzen Person und seiner Ehre für den einwandfreien Verlauf des Parteitages ein.

Ein großer Erfolg war errungen, der mich mit freudigem Stolz erfüllte.

Das Eingreifen des Landeskommandanten hatte verhindert, daß die bewaffnete Macht und die Selbstschutzverbände in die schwierige Lage versetzt wurden, gegen die N.S.D.A.P. ins Treffen geführt zu werden. Das Eintreten von Ereignissen, deren Tragweite gar nicht zu übersehen gewesen wäre, wurde damals vermieden.

Hitler war von schwerem Nachteil befreit. Der Parteitag verlief ohne Störung der öffentlichen Ordnung. Die N.S.D.A.P. konnte ihr Banner stolz entfalten.

Es war vorauszusehen, daß die Freigabe der Versammlungstätigkeit am Parteitag einen Sturm der Entrüstung von seiten der Feinde der N.S.D.A.P. entfachen würde. Im Reichstag und im Landtag wurden von den Marxisten erbitterte Angriffe gegen die „Schwäche" der bayerischen Regierung gerichtet.

Die rote und rosarote Presse tobte. Die „Frankfurter Zeitung“ richtete ihre Angriffe vor allem gegen General von Lossow, offenbar gestützt auf Berichte aus Kreisen des Wehrkreiskommandos selbst. Sie konnte aber schon am 31. Januar berichten, daß der Polizeipräsident Nortz für sein selbständiges Handeln in die Wüste geschickt werde.

Mittlerweile war der bayerische Ministerpräsident von Verhandlungen, die er in Berlin über die „Festigung“ der sogenannten „nationalen“, d. h. parlamentarisch-jüdischen Einheitsfront geführt hatte, nach München zurückgekehrt. Es war Übereinstimmung erzielt worden, die „Außenseiter“, d. h. die Völkischen von der „Einheitsfront“ auszuschließen, insbesondere sollte in Bayern Hitlers Wirken unterbunden werden.

Nach Rückkunft Knillings fand noch in der Nacht von 11 Uhr abends bis 2 Uhr morgens in der Polizeidirektion ein Ministerrat statt, zu der die Minister aus dem Bett geholt und Abgeordnete der Koalitionsparteien sowie der Demokraten zugezogen wurden.

In diesem Ministerrat wurde schärfstes Vorgehen gegen Hitler zum Programm erhoben.

Der zum Generalstaatskommissar für Bayern bestellte Minister Dr. Schweyer veröffentlichte eine Erklärung, in der er eine „Klarstellung“ der Verhältnisse geben wollte und zur Beruhigung der Roten die Staatskommissare zunächst verpflichtete, weitere Versammlungen der N.S.D.A.P. nicht zu gestatten.

Die „Münchener Neueste Nachrichten“ traten damals an Hitlers Seite. Nachdem sie der bayerischen Staatsregierung ihre verhängnisvollen Mißgriffe scharf vorgehalten hatten, insbesondere die Verhängung des Ausnahmezustandes als einen schweren außenpolitischen Fehler gebrandmarkt hatten, fanden sie folgende Worte für die vaterländische Bewegung:

„Wer Gefühl für Zukunft und werdendes Deutschland hat, der ist überzeugt, daß die Zukunft Deutschlands und Bayerns bei den überparteilichen Organisationen und nicht bei den Parteien liegt. Die politischen Parteien, wie sie heute sind, sind ausnahmslos Überbleibsel aus dem kaiserlichen Deutschland. Ihre Führer, ihre Abgeordneten und deren Denken gehören zur Vergangenheit und sind Vergangenheit. Das neue Deutschland wird nicht gebaut von Interessenvertretern, das neue Deutschland wird aufgebaut von Nationalen und nichts als Nationalen.“

Es ist vielleicht gut, diese Worte einmal in Erinnerung zu bringen.

Auch in den vaterländischen Kreisen blieb die Krise nicht ohne tiefgreifende Folgen.

Seit langem hatte ich die Tätigkeit Pittingers mit großer Sorge betrachtet. Seine Stellungnahme gegen Hitler in den schwersten Tagen der Not brachte mich zu dem Entschluß, ihm auf seinem Wege nicht weiter zu folgen. Ich bat daher den General von Epp, eine Aussprache mit Dr. Pittinger zu vermitteln. Diese erfolgte am 27. 1. abends in meinem Geschäftszimmer. Anwesend waren Dr. Pittinger und Dr. Müller, Hauptmann Heiß und ich. Am Ende einer erregten zweistündigen Aussprache zwischen mir und Dr. Pittinger bat ich diesen, mich von meiner Verpflichtung zur Mitarbeit, die ich seinerzeit ihm gegenüber eingegangen hatte, zu entbinden.

Da er dies ablehnte, gab ich am 30. 1. die schriftliche Erklärung ab, daß ich meine Bindung als gelöst ansehe. Hauptmann Heiß schloß sich meinem Vorgehen an.

Am 31. 1. 1923 ernannte mich Hauptmann Heiß zum Mitglied des Arbeitsstabes der Landesleitung der Reichsflagge und zu seinem bevollmächtigten Vertreter in München. Unsere und Pittingers Wege trennten sich endgültig.

Der Ruhreinbruch der Franzosen und Belgier stellte auch die Reichswehr vor besondere Aufgaben. Wohl oder übel mußte sich die Reichsregierung doch mit dem Gedanken vertraut machen, daß der „passive Widerstand“, der von reichswegen erklärt wurde, für die Reichswehr die Überleitung in den „aktiven Widerstand“ zur Folge haben konnte.

Ob dieser Gedanke ernstlich durchdacht worden ist, vermag ich nicht zu sagen. Jedenfalls geschah nichts, um die Tätigkeit der den Wehrwillen lähmenden, international eingestellten Presse kraftvoll zu unterbinden. Das wäre aber doch wohl die Voraussetzung gewesen, wenn man im Volk und im Heer den Widerstandswillen aufflammen lassen wollte. So durfte auch die „Münchener Post“ Veröffentlichungen bringen, die eine militärische Vorbereitung aufs schwerste schädigen mußten.

Ich sah mich daher veranlaßt, dem Landeskommandanten den Entwurf folgenden Schreibens an den bayerischen Ministerpräsidenten zu unterbreiten (im Abdruck an den Staatsminister der Justiz, den Polizeipräsidenten und den Chef der Landespolizei):

Betreff: Landesverrat.

„Die ‚Münchener Post‘ enthält in ihrer Nummer 32 vom 8. 2. 23 einen Artikel ‚Bayern und Reich‘ gegen den ‚inneren Feind‘, in dem der Einsatz der Technischen Nothilfe, der Landespolizei und der Reichswehr und die Organisationen der Notpolizei usw. besprochen und die Tatsache, daß genügend Waffen im Lande sind, besonders hervorgehoben ist.

Daß die Feindstaaten ihre Nachrichten hauptsächlich aus der Presse der linksstehenden Parteien entnehmen, ist eine bekannte Tatsache.

Daß die Besprechung und Festlegung der eingangs berührten Einrichtungen und Maßnahmen den Franzosen den erwünschten Anlaß bieten wird, ihre Gewaltmaßnahmen unter Beziehung auf die Veröffentlichungen in der deutschen Presse als berechtigt und wohlbegründet zu bezeichnen, bedarf keiner Erörterung.

Der Landesfeind, der gerade jetzt Deutschland am schwersten bedroht, erhält durch derartige Veröffentlichungen — gerade in der jetzigen Zeit — unmittelbare Unterstützung.

Ich ersuche daher, daß sofort nachdrückliche Maßnahmen ergriffen werden, die eine Unterstützung des Feindes aus den eigenen Reihen durch Handlungen und Veröffentlichungen, die in ihrer Wirkung Landes- und Hochverrat sind, unmöglich machen.“

Heute ist es kein Geheimnis mehr, daß die Reichswehr in jener Zeit gewisse Vorbereitungen zum Schutze des bedrohten Vaterlandes getroffen hat.

Mir gingen diese Vorbereitungen von vornherein natürlich nicht weit genug. Als Generalstabsoffizier im Stabe der 7. Bayer. Division war mir zwar eine Fülle von Arbeit, insbesondere auch in meinem besonderen Arbeitsgebiet, übertragen; aber das, was ich ersehnte, wurde nicht Wirklichkeit.

Mein Ziel wäre gewesen, das ganze Volk aufzurufen zum bewaffneten Widerstand gegen den Erbfeind, ein Heer auf die Beine zu stellen, das dem Übermut des toll gewordenen Siegers trotzen konnte. Das Ziel der Heeresleitung beschränkte sich darauf, im Rahmen der politischen Zielweisung durch die Reichsleitung gewisse Vorbereitungen zur Abwehr eines Vormarsches von Franzosen und Belgiern in das Herz Deutschlands in die Wege zu leiten.

Von einer „Mobilmachung“, einem „Kampfe gegen Frankreich“ durfte natürlich keine Rede sein; nur ein „gemäßigter, besonnener Widerstand“ konnte in Frage kommen.

Dabei war es einleuchtend und wurde allmählich auch von allen vaterländischen Kreisen erkannt, daß der passive Widerstand, wenn er nicht durch einen aktiven Kampf baldigst ersetzt würde, über kurz oder lang sich festlaufen mußte. Wir sahen bewundernd die Heldentaten einzelner kühner Männer, wie Schlageters und seiner Freunde, die Leben und Freiheit in die Schanze schlugen, waren uns aber klar darüber, daß alle Opfer umsonst waren, wenn nicht der Entschluß zum Kampf auf Leben und Tod von der deutschen Regierung gefaßt würde.

Eine militärische Auseinandersetzung mit Frankreich wäre damals durchaus nicht so aussichtslos gewesen. Vielleicht wäre sie die einzige Rettung für uns gewesen. Freilich mußte man sich zu einem ganzen Entschluß aufraffen: das gesamte deutsche Volk mußte für Freiheit und Leben kämpfen. Man durfte nicht davor zurückschrecken, große deutsche Gebietteile dem Feind vorübergehend freiwillig und kampflos zu überlassen.

Als der Reichskanzler Cuno zu einem Besuche in München weilte, hatte er natürlich auch mit General von Lossow eine längere Unterredung. Während dieser Zeit hatte der Begleiter Cunos in meinem Geschäftszimmer mit Adolf Hitler, den ich herbeigeholt hatte, und mir eine bewegte Aussprache. Hitler entwickelte den politischen Standpunkt, ich in kürzeren Darlegungen vom militärischen Gesichtspunkte aus unsere Gedanken zur Lage.

Wenn die Unterredung zu weiter nichts nutzte, so gab sie doch einmal Gelegenheit, in aller Deutlichkeit und mit rücksichtsloser Offenheit unsere Auffassungen einem maßgebenden Manne in der nächsten Umgebung des obersten Reichsbeamten darzulegen.

22. Die Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen Kampfverbände.

Um es vorweg zu nehmen: Als Vater dieses Kindes muß ich mich bekennen.

Die Reichsflagge des Hauptmanns Heiß und die Organisation Niederbayern des Oberstleutnants Hofmann hatten sich Ende Januar 1923 von Sanitätsrat Dr. Pittinger losgelöst und waren klar und eindeutig an die Seite von Adolf Hitler getreten. Nunmehr handelte es sich darum, diese Verbände in ein engeres Verhältnis zusammenzuschließen und durch Angliederung weiterer Gruppen einen starken Machtkreis kampfgewillter Bünde zu schaffen.

Als stellvertretender und bevollmächtigter Führer des stärksten und geschlossensten Verbandes, der Reichsflagge, konnte sich meine Tätigkeit nun nicht mehr darauf beschränken, den Verbänden mit Rat und Tat an die Seite zu treten; ich hatte jetzt selbst ein entscheidendes Wort mitzusprechen und war auch gewillt, meine Gedankengänge, die mit denen des Hauptmanns Heiß damals wohl fast immer gleich liefen, nachdrücklich durchzusetzen.

Mit Hitler und Hofmann bestand gleichfalls volle Einmütigkeit über die nächstliegenden Aufgaben und Ziele.

Die V. V. (Vaterländische Vereine) München unter der tatkräftigen Führung des Großkaufmanns Zeller waren der erste Verband, mit dem eine engere Beziehung hergestellt wurde. Die Vaterländischen Vereine waren ein Nachfolgeverband der Münchner Einwohnerwehr. Sie gliederten sich noch nach Bezirken, die, je nach der Persönlichkeit des Bezirksführers, mehr oder weniger aktiv eingestellt waren. Neben tatwilligen, verantwortungsfreudigen und jugendfrischen Führern standen leider auch zahlreiche recht „besonnene" Herren an führenden Stellen. Dazu kam, daß von vielen dieser Persönlichkeiten enge Beziehungen, sei es zu Sanitätsrat Pittinger, sei es zur Bayerischen Volkspartei, gehalten wurden. Ihr Einfluß war nicht so leicht auszuschalten. Noch nachteiliger machten sich Bindungen bemerkbar, die darin begründet waren, daß ein nicht unbedeutender Teil der Angehörigen der V. V., und zwar gerade der Unterführer, der Beamtenschaft, insbesondere auch der Polizei, angehörte.

Daß es der herrschenden Bayerischen Volkspartei auf diesem Wege unschwer gelang, ihrem Einfluß Geltung zu verschaffen, liegt auf der Hand; viele Schwierigkeiten, die es in dem Verband zu meistern galt, werden bei Berücksichtigung dieser Tatsache erst verständlich. Trotzdem vermochte Zeller, allen Hemmungen zum Trotz, sich in der Hauptsache durchzusetzen; dies bleibt sein unbestrittenes Verdienst.

Später trat noch Oberland zur Arbeitsgemeinschaft.

In den ersten Tagen des Februar konnte folgende Veröffentlichung erfolgen:

„Im Hinblick auf die unbedingte Notwendigkeit, die nationalen Machtgruppen in Bayern zu einer stoßkräftigen Bewegung zusammenzufassen, schließen die unterzeichneten vaterländischen Verbände eine Arbeitsgemeinschaft auf folgender Grundlage:

1. Zur Wahrung der gemeinschaftlichen nationalen Interessen nach außen und insbesondere gegenüber der Staatsregierung wird ein Ausschuß gebildet, zu dem jeder Verband einen Vertreter abordnet. Die Entscheidung des Ausschusses erfolgt mit Stimmenmehrheit. Dieser Ausschuß ist ausschließlich zur Vertretung der gemeinschaftlichen Interessen gegenüber der Staatsregierung ermächtigt. Er bestimmt die Vertreter, die mit der Staatsregierung gegebenenfalls zu verhandeln haben.

   Sonderverhandlungen einzelner Verbände mit der Staatsregierung in gemeinschaftlichen nationalen Fragen sind ausgeschlossen.
2. Verhandlungen über den Anschluß weiterer Verbände werden gemeinschaftlich durch die unterzeichneten Verbände geführt, die hierzu den Ausschuß bevollmächtigen.

N.S.D.A.P. gez.: Adolf Hitler — Reichsflagge gez.: Heiß — V. V. München gez.: Zeller

Oberland gez.: J. V. Mulzer — Kampfverband Niederbayern gez.: Hofmann."

Schon am 5. Februar wandte sich die Arbeitsgemeinschaft in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten Dr. v. Knilling, in dem sie der Staatsregierung den Zusammenschluß mitteilte und die Erklärung abgab: „Wir stehen nach wie vor hinter einer Staatsregierung, die entschlossen national ist und bleibt."

Der Begriff der „nationalen" Regierung bedarf an dieser Stelle einer grundsätzlichen Festlegung.

Die Bezeichnung „national" kann eine Staatsregierung nur dann für sich in Anspruch nehmen, wenn sie rücksichtslos allein den nationalen Interessen dient.

Eine Regierung, die „objektiv" ist, die den Internationalen die gleichen Rechte einräumt wie den Nationalen, die den Sowjetstern ebenso schützt wie die schwarzweißrote Fahne, darf sich meinethalben „bürgerlich" nennen, aber nicht national.

Allen Unbequemlichkeiten aus dem Wege gehen, dauernd Kompromisse machen, vor den Linksparteien so, vor den Rechtsparteien anders reden, kleine Kniffe und politische Mätzchen an die Stelle von Taten setzen, zwei Schritte vor und drei Schritte rückwärts machen, immer vorbereiten und niemals handeln, das mag der Stolz von Ministerialräten sein, ein Beweis für den „Nationalismus" einer Regierung ist es nicht.

Die bayerische Staatsregierung, die sich wohl deshalb für alle Zeiten national nennt, weil sie durch Nationalisten eingesetzt wurde, unterlag immer mehr dem Einfluß der Bayerischen Volkspartei. Daraus allein geht hervor, warum die Kampfverbände in gleichem Maße mit dieser Regierung in Widerstreit kommen mußten.

Nicht um Unruhe zu stiften oder Widerspruch zu führen um jeden Preis, sondern um den nationalen Interessen den Vorrang vor den Parteirücksichten zu erzwingen!

Grenze und Ziel des von Parteien abhängigen und durch Parteifunktionäre geleiteten Staatswesens wird stets der **Polizeistaat** sein, niemals der **Wehrstaat.**

Der Polizeistaat wird durch Regierungsräte, Schutzleute und Gerichtsvollzieher im Schwange gehalten; der Kämpfer kann er entraten.

Der Polizeistaat ist tapfer gegen innen und feig nach außen; der Wehrstaat richtet die gesammelte Kraft gegen den äußeren Feind.

Anfang Februar traten wir an den kampferprobten Schriftleiter des „Heimatland", Hauptmann Weiß, mit der Anregung heran, sich mit seinem Blatt der Arbeitsgemeinschaft zur Verfügung zu stellen.

Hauptmann Weiß versagte sich unserer Aufforderung nicht. Wir gewannen in ihm wohl die stärkste schriftstellerische Kraft

und Begabung im Kampfe um die Durchsetzung der nationalistischen Idee, einen Mann, der selbstlos, furchtlos und entschlossen sein ganzes Können in den Dienst der Bewegung stellte und vor keinem Opfer, auch nicht dem seiner Freiheit, zurückscheute.

Der Arbeitsausschuß dieser Arbeitsgemeinschaft trat zu ständigen Sitzungen stets in einem meiner Diensträume zusammen. Die politische Geschäftsführung übernahm der Minister a. D. Roth, dessen Tat- und Arbeitskraft und großem Wissen und Können die Verbände viel zu danken haben. Nach vielem Zureden und Bitten rang ich dem Oberstleutnant Kriebel das Einverständnis ab, die militärische Führung der Arbeitsgemeinschaft zu übernehmen. Damit trat der Mann an die Spitze, den die Arbeitsgemeinschaft brauchte. Daß er durch seine hohen Fähigkeiten und seine seltene Willenskraft die militärische Bedeutung der Verbände in weitestgehendem Maße steigerte, bedarf keiner Betonung. Als Schriftführer war außer Hauptmann Weiß Rechtsanwalt Hemmeter, letzterer der Organisation Consul angehörend, vom Minister Roth zur Mitarbeit gewonnen worden.

Als Vertreter Hitlers, der oft nicht kommen konnte, nahm sein neuer S.A.-Kommandeur, der an Stelle von Klintzsch die Führung übernommen hatte, Hauptmann Göring, an den Sitzungen teil. Das frische unbekümmerte Draufgängertum dieses bewährten deutschen Fliegeroffiziers — er war im Kriege zuletzt Führer des Jagdgeschwaders von Richthofen gewesen — belebte stets die an sich schon kampffrohe Stimmung in unserem Kreis. In die ihm unterstellte S.A. brachte er einen frischen Zug, indem er auch ihr Selbstbewußtsein sehr steigerte. Ich gewann den temperamentvollen Offizier bald recht gern und verlebte mit ihm manche frohe Stunden in seinem gemütlichen Heim, das er mit seiner feinsinnigen, aus Schweden gebürtigen jungen Frau sich eingerichtet hatte.

Sein Stabschef, Kapitänleutnant Hoffmann, war ein klarer Kopf, der die Verhältnisse nüchtern überblickte und über eine ungewöhnliche Arbeitskraft verfügte.

Das Regiment München führte Oberleutnant Brückner, eine kraftstrotzende Persönlichkeit, ein frischer, ehrlicher und unbekümmerter Draufgänger.

Im Oberland setzte sich die Führung Dr. Webers durch. Die Arbeitsgemeinschaft hatte einen zuverlässigen, ehrlichen Mitstreiter in diesem Manne, der Seitensprüngen und Sonderbestrebungen, wie sie der früheren Führung Oberlands eigen waren, abhold war. Sein militärischer Leiter, Hauptmann Mulzer, war eine verläßliche Stütze für Führer und Bund.

Oberstleutnant Kriebel und Hauptmann Christenn waren um die militärische Durchbildung der Vaterländischen Vereine Münchens eifrig und mit Erfolg bemüht.

Hauptmann Heiß verfügte mit seiner Reichsflagge zweifellos über den geschlossensten und besten Verband der Arbeitsgemeinschaft. Durch rastlose Tätigkeit, unermüdliche Werbung und Vorträge, die ihn fast in jedes Nest Frankens führten, hatte er sich in ganz Nordbayern, insbesondere in Nürnberg, eine vorherrschende Stellung erkämpft. Von seinen nächsten Mitarbeitern, die er ordentlich einspannte, sind besonders Dechant, Kroneis und Liebel hervorzuheben.

Das vaterländische Wirken des Hauptmann Heiß fand in der Polizeidirektion Nürnberg in dem Polizeidirektor Gareis und seinem treuen Gehilfen Schachinger in mancher schweren Stunde eine wirksame Stütze. In ihrer mannhaften Art und Gesinnung, ihrer energischen und zielbewußten Dienstführung an schwieriger Stelle, oft im Kampf mit den städtischen Behörden des demokratischen Oberbürgermeisters Luppe, meist ohne Unterstützung von seiten ihrer amtlichen Vorgesetzten, stand dieses Dioskurenpaar hinter seinen Amtsgenossen in München, Pöhner und Frick, kaum zurück.

Die Organisation Niederbayern mit Eichstätt und Ingolstadt, oder wie sie später hieß, „Unterland", leitete Oberstleutnant Hofmann mit starker Hand. Über die vielen Hemmungen, die er durch seine Dienststellung als Kommandeur der Reichswehr hatte, fand er sich mit Verantwortungsmut und gutem Geschick hinweg.

Das Zeitfreiwilligenkorps, das vor allem die studentischen Verbände, darunter auch die Reste der Gefolgschaft aus den Zeitfreiwilligenbataillonen der Jahre 1919 bis 1921, umfaßte, führte Oberst von Lenz. Insbesondere war die militärische Durchbildung der ihm unterstellten Verbände vortrefflich organisiert. Oberst von Lenz stand der Arbeitsgemeinschaft von

Anfang an nahe, entschloß sich jedoch erst Mitte April zum förmlichen Beitritt.

Das „Heimatland" entwickelte sich zu einem vielbeachteten Kampfblatt.

Ich war von Anfang an bestrebt, den Zusammenschluß der Verbände möglichst eng und straff zu gestalten, um dadurch die militärische und politische Stoßkraft zu erhöhen. Ich hoffte dies auf dem Umweg über den militärischen Führer allmählich zu erreichen. Anfangs standen natürlich die Führer der Verbände, die eine Preisgabe ihrer Selbständigkeit ängstlich zu verhüten suchten, diesem Plane noch sehr entgegen.

Neben diesem Bund der Kampfverbände, zu dem ich später auch „Bayern und Reich" zu gewinnen hoffte, schwebte mir eine Zusammenarbeit mit einem Bund der vaterländischen Vereine (Offizier- und Mannschaftsverbände, auf nationalem Boden stehende wirtschaftliche und andere Vereine), etwa unter Leitung des Professors Bauer, vor. Diese beiden großen Gruppen, die Gruppe der Kampfverbände (unter Kriebel und Hitler) und die Gruppe der vaterländischen Vereine (unter Bauer) sollten unter einem Ehrenvorsitzenden der vaterländischen Verbände und Vereine zusammengefaßt werden. Die Versorgung der Bünde mit Geldmitteln wäre Aufgabe eines über den Vereinen stehenden Finanzausschusses gewesen. Der Ehrenvorsitzende dieser Verbände hätte auf die Politik der Gruppen im einzelnen keinen Einfluß nehmen sollen.

Ich war mir klar, daß bei der Verschiedenartigkeit der Verbände eine zu straffe Zusammenfassung nicht erreichbar war. Immerhin hoffte ich durch eine derartige Organisation gegenseitige Widerstände auszugleichen und der ganzen nationalen Bewegung eine größere Wirkungsmöglichkeit zu geben.

Dieses Ziel, dem ich zustrebte, ist mir versagt gebieben. Jedoch wurde wenigstens in der Arbeitsgemeinschaft soviel praktische Arbeit geleistet, daß diese mit der Zeit an Geltung gewann.

Um den Anfeindungen von politischen Gegnern und Neidern wirksam entgegenzutreten, reichte ich dem Landeskommandanten am 1. 2. 1923 eine ausführliche Denkschrift ein, aus der ich folgende Absätze herausgreife:

„Meine Einstellung ist radikal national; ich will unter schroffer Ablehnung jeder Politik der Erfüllung, der Ver-

ständigung, des Ausgleichs, den schärfsten Kampf mit allen Mitteln gegen den inneren und gegen den äußeren Feind. Ich bin überzeugt, daß nur diese klare, rücksichtslose Front zum Ziele führt, und bin bereit, für meine Überzeugung alles, Leben und Beruf, zu opfern. Ich bin ehrgeizig, jawohl, ich will in diesem Kampfe entscheidend mitwirken. Ich gebe aber gleichzeitig die feierliche Versicherung ab, daß mein Ehrgeiz in dem Augenblick, in dem dieses Ziel erreicht und unser Vaterland wieder frei und stark ist, sein Ende erreicht hat. Und ich bitte hier ebenso feierlich: wenn ich dann noch dem Reichsheere angehöre, will ich als Kompaniechef in irgendeine Provinzgarnison versetzt werden, wo ich der schönsten und liebsten Aufgabe dienen kann, die es für mich gibt, Kompanieführer und damit Erzieher junger Deutscher zu sein."

Weiter führte ich aus:

„Ich bin auch ein politischer Soldat und bin es bewußt, mit Überzeugung. Ich bin der Ansicht, daß, wenn wir im November 1918 politische Offiziere gehabt hätten, der Umsturz nicht gesiegt hätte. Ich war vor und während der Revolution im Felde lebensgefährlich an Grippe erkrankt und lag im Lazarett. Trotzdem brennt diese Schmach auf meiner Seele, ich fühle mich mitschuldig daran und muß diese persönliche Schande wieder gutmachen. Ich habe meinem König den Eid immer gehalten und halte mich heute noch an ihn gebunden. Daß wir Offiziere an dem Gelingen der Revolution schuldig sind, steht für mich fest; wir müssen als erste diese Schuld wieder gutmachen. Das kann ich aber nicht, wenn ich ein ‚Einheitssoldat' bin und nur ergeben auf das warte, was mir befohlen wird. Ich habe immer in den Vorschriften gelesen, daß die Verantwortungsfreudigkeit die vornehmste Aufgabe des Führers ist. Der Mut, dem Vorgesetzten die Wahrheit zu sagen und den Kopf für das als recht Erkannte einzusetzen, ist eine soldatische Pflicht. Diesen Mut habe ich allerdings immer besessen und daher auch reichlich oft mich unbeliebt gemacht. Besonders muß aber meiner Überzeugung nach der Generalstabsoffizier diesen Mut der Verantwortung bis zur Preisgabe seiner Stellung und seines Berufes haben."

Aus dem Abschnitt II, der die politische Lage im Reich behandelte, greife ich folgende Sätze heraus:

„Cuno steht in Berlin in der Reichsregierung allein. Er ist gestützt durch die Industriellen, die seine Politik tragen.

Die Reichsregierung im ganzen, die schon vor der Besetzung Essens mit den Franzosen verhandelt hat, verhandelt zur Zeit wieder. Sie hat, durch den Druck der Gewerkschaften geführt, die Absicht, die Erfüllungspolitik wieder aufzunehmen; die Aufgabe des Widerstandes im Ruhrgebiet wird bereits erwogen.

Von einer Einheitsfront in Berlin kann nicht gesprochen werden; die Forderungen der Marxisten und Gewerkschaften werden immer unerträglicher und unverschämter. Im Ruhrgebiet hält die sogenannte Einheitsfront noch knapp, da die Arbeitnehmer sich sagen, daß sie ihr Geld zur Zeit am sichersten von den deutschen Arbeitgebern erhalten.

Die Führer der äußersten Linken verhandeln aber schon ganz frech mit den Franzosen und werden von den französischen Kommandeuren jederzeit bevorzugt empfangen."

Über die Entwicklung der Dinge in Bayern schrieb ich im Abschnitt III u. a.:

„Die vaterländische Front in Bayern hat in der jüngsten Zeit ihre wesentlichste Richtung und Stärkung durch den Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, erhalten. Ich habe die Überzeugung, daß der Kampf, den wir um unsere nationale Existenz führen müssen, nur gelingen kann, wenn wir den Arbeiter wieder national gemacht haben. Da ich der Überzeugung bin, daß keine bürgerliche Partei oder nationale Bewegung dazu imstande ist, erscheint mir die Stärkung der nationalsozialistischen Bewegung eine wesentliche Voraussetzung und Kraftquelle der vaterländischen Kampffront zu sein.

In Durchsetzung nationaler Forderungen ist bisher in Bayern nicht ein Erfolg zu verzeichnen. Die Republikschutzgesetze mit allem Drum und Dran haben in Bayern Geltung, heute noch werden nationale Männer in München durch den Staatsgerichtshof verfolgt.

Durchgreifende und planmäßige Vorbereitungen in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Beziehung sind nicht getroffen. Die politischen Vorbereitungen sind nicht einmal so weit gediehen, daß ein einigermaßen brauchbarer Nachrichtendienst besteht. Die militärischen

Vorbereitungen sind meiner Überzeugung nach ein Selbstbetrug. Auf dem Papier werden Zahlen an Zahlen gereiht, denen in Wirklichkeit nichts oder nichts Brauchbares gegenübersteht. Ich bestreite auch, daß die wirtschaftlichen Vorbereitungen in zulänglicher Form getroffen sind. Sie sind im wesentlichen auf Vermutungen und Besprechungen gegründet. Alles in allem ein Mißerfolg auf der ganzen Linie.“

Die Denkschrift schloß mit den Sätzen:

„Ich bin der Meinung, daß man nicht wieder den Fehler machen darf wie bisher: zunächst einen Führer zu ernennen und dann die Verbände zusammenzusuchen, sondern vorher müssen die Verbände zusammengebracht werden. Der Führer wird aus ihnen heraus dann schon erstehen.

Dabei muß endlich erreicht werden, daß persönlicher Ehrgeiz ausgeschaltet wird und nur *ein* Ziel den Leitstern bildet:

die Rettung des Vaterlandes.“

In einer offenen Aussprache, die mir General v. *Lossow* gewährte, hatte ich Gelegenheit, meine Ausführungen noch weiter zu ergänzen.

Hierbei konnte ich auch gegenüber der Absicht, die Zugehörigkeit der Reichswehrangehörigen zu den vaterländischen Verbänden zu verbieten, die Notwendigkeit enger Fühlung zwischen Reichswehr und vaterländischer Jugend betonen.

Es gelang mir damals, General *von Lossow* von dieser Notwendigkeit zu überzeugen. Die im übrigen Reich in dieser Richtung getroffene Verfügung des Reichswehrministers wurde zunächst im bayerischen Teil des Reichsheeres nicht in Anwendung gebracht.

Mit dem Innenminister *Schweyer* lagen wir „Nationalaktiven“ meist im Kampf. Dieser war die eigentlich treibende Kraft im Kampf gegen die völkischen Verbände; in der Art seiner Gegnerschaft war er mir aber doch lieber, als sein Nachfolger *Stützel*, der allzusehr und ausschließlich Vollzugsorgan der B.V.P. war.

Der Gegenspieler Dr. *Schweyers* in der bayerischen Regierung war der Ministerpräsident Dr. *von Knilling*.

Ob es recht und klug war, diesem so oft den Fehdehandschuh hinzuwerfen, lasse ich dahingestellt. Die Auffassung, die vor allem Oberstleutnant *Kriebel* und ich vertraten, daß wir uns überhaupt an Stelle von *Kahr* für *Knilling* entscheiden sollten, fand sogar zu einem gewissen Zeitpunkt so bedeutsamen Anklang, daß die Arbeitsgemeinschaft Fühlung suchte, ob *Knilling* zur Übernahme der Ehrenpräsidentschaft der Kampfverbände geneigt wäre. Obwohl keine endgültige Ablehnung erfolgte, bekam später wieder die Auffassung derer das Übergewicht, die an *Kahr* als Staatspräsidenten und oberstem vaterländischen Führer festhielten.

Eines Tages besuchten mich in meinem Geschäftszimmer Regierungsbaumeister *Schaefer* des Blücherbundes und sein Weggenosse Kapitänleutnant *Kautter* des Wikingbundes (O.C.). Sie suchten mich für einen Plan zu gewinnen, mit Hilfe verfügbarer französischer Gelder eine nationale Erhebung in Bayern und einen Kampf gegen die Reichsregierung vorzubereiten und durchzuführen.

Ich sagte nicht nein und nicht ja, rief aber sofort den mir befreundeten Regierungsrat im Ministerium des Innern, Frhr. von Freyberg, an, den ich bat, ungesäumt zu mir zu kommen. In seiner Gegenwart trugen die beiden Männer ihren Plan in etwas gemilderter Form nochmals vor. Ich dankte ihnen für ihre Mitteilung, ohne auch am Schluß persönlich zur Sache Stellung zu nehmen. Sie mochten daraus wohl auf meine Ablehnung geschlossen haben. Nun ereignete sich folgendes — die Schlußfolgerung überlasse ich dem geneigten Leser:

Schaefer, *Kautter* und als Dritter im Bunde der damalige Nationalist und heutige „Genosse“ Major *Mayr* erstatteten bei der Polizei — zeitlich unmittelbar nach der Unterredung in meinem Geschäftszimmer — Anzeige über einen Anschlag gegen das Reich.

Nachgewiesen und von *Schaefer* auch gar nicht in Abrede gestellt ist, daß er von französischen Politikern (Oberst *Richert*) erhebliche Geldsummen erhalten und verbraucht hat. Am 20. 2. fand eine Sitzung statt, an der außer Schaefer, Kautter und Mayr, bzw. ihrer Beauftragten, der französische Oberst Richert teilnahm.

Oberleutnant Berger, ein Mitglied des Bundesvorstandes des Blücherbundes, der dem Bundesführer Schaefer entgegengetreten war und sein Geschäftsgebaren mißbilligte, wurde sieben Wochen in Untersuchungshaft gehalten.

Der Hochverratsprozeß wurde Machhaus und dem Professor Fuchs gemacht. Die beiden hatten sich an den Besprechungen und Vorbereitungen beteiligt. Professor Fuchs hatte bei einer Reihe von Behörden und hochgestellten Persönlichkeiten vorgesprochen und seine Pläne entwickelt.

Während Machhaus im Gefängnis sich das Leben nahm, schmachtete Fuchs viele Jahre im Zuchthaus. Seine Gönner kannten ihn in und nach dem Prozeß nicht mehr. Schaefer und Genossen aber waren die Ankläger und Zeugen!

War es ein Zufall, daß in jener Zeit der Blücher- und Wikingbund, die sich in der Person von Schaefer und Kautter gefunden hatten, mit größtem Aufwand an Geld Transporte von Gerät in Schleißheim bei München zusammenzogen? Lastkraftwagen auf Lastkraftwagen brachte Material aus dem ganzen Land heran, natürlich zur Reinigung und Instandsetzung. „Irrtümlicherweise" wurden auch Lager anderer Organisationen geräumt und nach Schleißheim gebracht, wo am „Bergl" Herr Regierungsbaumeister Schaefer seine Kommandostelle eingerichtet hatte. Ich beobachtete die Transportbewegung sehr genau, unterstützte auch gelegentlich Unterführer durch Gestellung von Transportmannschaften und Kraftwagen, stellte sogar Räume zur Verfügung, hielt es aber dann doch für geraten, das gesamte bereitgestellte Gerät unter Bewachung der Reichswehr zu stellen.

Diese Maßnahme löste bei Schaefer und Genossen keine reine Freude aus. Ich beugte dadurch Ereignissen vor, die ich nur ahnen und befürchten konnte.

„Genosse" Mayr wird mir als Wortführer für sich, Kautter und Schaefer möglicherweise entgegenhalten, daß der Besuch bei mir nur dem Zweck diente, mich auszuhorchen. Dagegen spricht wohl, daß ernstliche Vorbereitungen getroffen waren, und daß es unter Offizieren, auch nach der Novemberrevolte, nicht üblich war, sich gegenseitig auszuspionieren.

Am 26. 2. 1923 bot sich die Möglichkeit, in Berlin einem größeren Kreis von Vertretern der vaterländischen Verbände Norddeutschlands (v. Watter, v. Oven, Roßbach usw.) unsere

Ziele und unsere Auffassung über die Lage mitzuteilen. Zweck der Tagung war die Gründung eines Spitzenverbandes nach bayerischem Muster und etwaiger Zusammenschluß innerhalb ganz Deutschlands. General Ludendorff sprach dort für den Zusammenschluß und forderte zu einer Unterstützung des Generals von Seeckt und des Reichskanzlers Cuno auf. Heiß nahm im Auftrag der **Arbeitsgemeinschaft** an der Sitzung teil. Ergebnisse wurden nicht erzielt. Der Vertrag Seeckt-Severing, der zweifellos eine falsche und unangebrachte Nachgiebigkeit des Reichswehrbefehlshabers gegenüber einem System bedeutete, mit dem eine ehrliche Vereinbarung eben nicht möglich ist, hatte in weiten vaterländischen Kreisen ein gerade in jener Zeit unheilvolles Mißtrauen gegen den Chef der Heeresleitung genährt. So blieb General Ludendorff mit seiner Forderung allein; insbesondere wollte Oberleutnant Mahraun eine selbständige Armee aufstellen und nichts von einer Zusammenarbeit mit Seeckt wissen, wie ein Teilnehmer der Sitzung sehr ungehalten aus Berlin berichtete.

In München war der Februar, März und teilweise auch der April mit Verhandlungen zwischen Reichswehr und Selbstschutzverbänden ausgefüllt. Es handelte sich um eine Verpflichtungserklärung, die die Führer der Verbände dem Landeskommandanten abgeben sollten, sich ihm gegebenenfalls zu unterstellen. Die Verhandlungen waren auf beiden Seiten nicht schön. Das Wehrkreiskommando versuchte nach dem Grundsatz zu arbeiten „Teile und herrsche" und wandte sich an die einzelnen Unterführer; die Arbeitsgemeinschaft der Kampfverbände dagegen erklärte sich nur in ihrer Gesamtheit zur Verpflichtung bereit. Aber auch hier wurden gewisse Fehler gemacht, die besser vermieden worden wären.

Der Bund „Bayern und Reich" versuchte sich als Spitzenorganisation einzuschieben und wieder die Führung an sich zu reißen. Erquicklich war das Feilschen in der so ernsten Sache an sich nicht. Noch unerquicklicher wurde es jedoch, als auch die Parteien sich hineinmischten. Der Bayerischen Volkspartei war die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft in keiner Weise erwünscht; am allerwenigsten sagten ihr die Erfolge Hitlers zu.

In ihrer Angst vor Hitler und ihrer Furcht vor der Erstarkung der nationalistischen Kampfbewegung entschloß sie sich zur Gründung einer Notpolizei. Der geistige Vater dieser Miß-

geburt dürfte wohl der Oberregierungsrat Schäffer gewesen sein, der ja alle deutschen Nationalisten wie die Hölle haßte und zweifellos der entschlossenste Widersacher von uns war.

Eine ausdrückliche Verpflichtung, nichts gegen die Regierung zu tun und dem Rufe dieser Regierung gegen alle Fälle — vor allem waren damit wohl die Nationalsozialisten gemeint — zu gehorchen, sollte gefordert werden. Nur diese braven Leute, die das unterschrieben, sollten künftig als „staatstreu" gelten. Die B.V.P. schied die schwarzen Schafe von den weißen.

Als stellvertretender bayerischer Landeskommandant war ein hoher bayerischer General (von Stetten) in Aussicht genommen.

In der Arbeitsgemeinschaft versuchte die B.V.P. auch Unfrieden zu stiften. Der bayerische Herold Schäffer legte am 11. 4. 1923 dem Beauftragten von „Unterland" — natürlich unter patriotischem Hinweis auf die Tschechengefahr an der Grenze — nahe, in den Schoß Pittingers zurückzukehren und sich von den Nationalsozialisten zu trennen. Oberstleutnant Hofmann war zu dieser Zeit gerade von seinem Wirkungskreis Passau als Festungskommandant nach Ingolstadt versetzt worden. Major Adam, der ihn in Passau ablöste, war ein guter Freund Pittingers und gewillt, dessen Einfluß in seinem neuen Arbeitsgebiet wieder voll herzustellen. Daher setzte die Wühlarbeit mit Bedacht gerade an dieser gefährdeten Stelle zu einem Zeitpunkt ein, wo der Kommandowechsel stattfand. Der Stabsleiter Oberstleutnant Hofmanns, der rührige und seinem bisherigen Kommandeur treu ergebene, völkisch gesinnte Major a. D. Freiherr von Löffelholz, mußte schon nach wenigen Tagen weichen. Major Adam schickte den mißliebigen Mann, der zudem mit Pittinger in schwerer persönlicher und sachlicher Fehde lag, ungesäumt in die Wüste. In der Folgezeit versuchte der neue Herr den Bund „Unterland" umzustellen und in seine Hand zu nehmen; Oberstleutnant Hofmann konnte dies aber vermöge seines persönlichen Einflusses abwehren.

Die zeitweiligen Reibungen und Mißverständnisse zwischen Landeskommandant und Arbeitsgemeinschaft schufen ihm jedoch viel Ärger und — manche Nase. Ein Vorschlag, den die Arbeitsgemeinschaft in der Angelegenheit der Verpflichtungserklärung dem Landeskommandanten unterbreitet hatte, erregte die helle Entrüstung des Generals, die sich in einem sehr

temperamentvollen Schreiben an den ganz unschuldigen Oberstleutnant Hofmann Luft machte.

Schließlich war der Karren so verfahren, daß die bayerische Regierung den Vermittler machen mußte.

Eine endgültige Verpflichtung wurde erst gegen Mitte April abgeschlossen. Sie trug die Unterschriften von Reichsflagge, N.S.D.A.P., Oberland, Unterland, V. V. München, Chiemgau und Zeitfreiwilligenkorps.

Neben diesen Kämpfen um ihre Geltung leistete die Arbeitsgemeinschaft große praktische Arbeit durch straffe Schulung der Verbände.

Aus der Reihe kleinerer Übungen ragen zwei groß angelegte Übungstage hervor: eine Übung im Forstenrieder Park und eine auf der Fröttmaninger Heide.

In einer kritischen Beurteilung des ersten Tages, den Rechtsanwalt Holl in einer begeisterten Rede bei dem kameradschaftlichen Zusammensein nach der Übung als einen Markstein unserer nationalen Sammlung bezeichnete, sagte der Führer der Kampfverbände, Oberstleutnant Kriebel, u. a.: „Die Truppe, die sich am 25. 3. zusammengefunden hatte, ist der Machtfaktor für die **politischen** Ziele der Arbeitsgemeinschaft; diese sind völkische.

Luft und Licht der völkischen Freiheitsbewegung zu erkämpfen, ist daher unsere vornehmste Arbeit. Im siegreichen Vorwärtstragen dieser Bewegung sehen wir die beste Gewähr für die erfolgreiche Aufnahme unseres Kampfes nach außen. Von diesem Geiste muß die Truppe einheitlich durchdrungen sein."

Die große Übung auf der Fröttmaninger Heide fand bei unfreundlicher, kalter Witterung statt. Die Haltung der Truppe war trotzdem vorzüglich. Die Übung endete mit einem Einmarsch in die Stadt bis zur Bannmeile.

Die Auffassung über die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der großen Übungen war nicht unbestritten. Der Landeskommandant, insbesondere auch der Chef des Stabes, lehnten die Übungen ab. Daß ihre Ansicht vom rein militärischen Wertstandpunkt aus richtig war, läßt sich nicht bestreiten. Uns kam es aber bei den Übungen mehr darauf an, die Leute innerlich zusammenzuschweißen und durch den Anblick der Masse zu

stärken. In gleicher Weise wollten wir den Marxisten und den schlappen Spießern Achtung einflößen. Dieses gelang uns ganz bestimmt: Die rote Presse spritzte Gift und Galle.

Unter der Überschrift „Roth, Hitler, Gerlich" machte die „Münchener Post" am 31. 3. 1923 die Entdeckung von einer „politischen Wendung" in Bayern. Dr. Roth habe sich zum selbständigen Herrscher aller vaterländischen Verbände aufgeworfen. Als Aktionskomitee stünde der Bürgerrat Zentz-Meyer-Absberg-Gerlich an der Spitze der Bewegung. Diesen gegenüber stünden die V.V.V. unter Pittinger-Bauer, die Anschluß an die B.V.P. suchten. Letztere unterstützten Cuno und seine Politik.

Den Phantasien der „Münchener Post" lagen folgende wirklichen Vorgänge zugrunde:

Die Kampfverbände hatten dem Kanzler ihre Auffassung unterbreitet, daß die auf eine Reihe von hemmenden und verwässernden Kompromissen mühsam aufgebaute sogenannte „Einheitsfront" wertlos sei und an ihre Stelle eine ideelle Einheitsfront der Gesinnung, von der Marxisten und Erfüllungspolitiker ausgeschlossen sein müßten, zu treten habe. Zu dieser Auffassung wollte oder konnte sich Reichskanzler Cuno nicht verstehen. Die Kampfverbände sagten daher dem Kanzler in ihrem Organ „Heimatland" lange voraus, daß er „den Kampf an der Ruhr verlieren" werde. Diese Kundgebung war natürlich in den Augen der braven Spießer ungeheuerlich; auch die Roten und Rosaroten überschlugen sich vor „nationaler Entrüstung".

Die Vorschläge der Kampfverbände waren die „Ausgeburt toll gewordener Hirne", wie die demokratische Presse mit überlegener Geste feststellte.

Während alle „verantwortungsbewußten" Politiker dem Kanzler Vorschußlorbeeren überreichten, waren die bösen Kampfverbände sogar so taktlos, bei dem festlichen Empfang Cunos, den die B.V.P. anläßlich seiner Anwesenheit in München veranstaltete, sich nicht zu beteiligen.

Natürlich gab auch General Ludendorff der alleinseligmachenden B.V.P. zu Beanstandungen lebhaften Anlaß, da er sich unterfing, ähnlichen Gedankengängen wie die Kampfverbände zu huldigen und Ausdruck zu geben. Dies veranlaßte den Parteivorsitzenden Abg. Dr. Held zu einem scharfen

Vorstoß gegen General Ludendorff im „Regensburger Anzeiger". Vor allem warf er ihm Verletzung des bayerischen Gastrechtes (!!) vor. General Ludendorff gab daraufhin deutlich und klar zu verstehen, daß er kraft seines Rechtes als Deutscher in München wohne und sich seine Politik von niemandem vorschreiben lasse. Die Stellungnahme der B.V.P. richtete sich allerdings nicht allein gegen General Ludendorff, sondern ebenso auch gegen die Kampfverbände und die Nationalsozialisten.

Die „Neue Züricher Zeitung", das bekannte „deutschfreundliche" Blatt, griff den Fall begierig auf. Sie hielt das Ganze allerdings nur für ein Manöver der B.V.P., um die Aufmerksamkeit von der Rolle, die sie im Fuchs-Machhaus-Prozeß gespielt hatte, abzulenken und Gelegenheit zu finden, ihre politische Zuverlässigkeit und Reichstreue zu bekunden. Das Vertrauen auf diese Reichstreue hatte zudem gerade in letzter Zeit durch Enthüllungen des Pressechefs Wilsons einen bedauerlichen Abbruch bekommen. Danach sollte der Geheimrat Dr. Heim im Jahre 1919 der Entente ein Loslösungsangebot aller größeren Staaten von Preußen gemacht haben.

Am 4. 4. 1923 schrieb die gleiche „Neue Züricher Ztg.": „Hitler ist geschlagen, er verliert mit jeder Woche mehr an Boden; schon drängen seine Unterführer zu einem entscheidenden Schlag, dessen Aussichten sonst immer schlechter werden. Ob es in den nächsten 14 Tagen zu einer neuen Hitleriade kommen wird, bleibt abzuwarten."

Die N.Z.Z. hatte damit in **einem** sicher recht: Der Vorstoß gegen Ludendorff hatte einen allgemeinen Kampf der B.V.P. und der ihr hörigen Regierung gegen die Kampfverbände und ihre Politik eingeleitet. Der Druck erzeugte Gegendruck. Der Kampf nahm auf beiden Seiten oft erbitterte Formen an. Die Front der Nationalaktiven hatte sich ursprünglich nur gegen den Marxismus gerichtet: die Redaktion der „Münchener Post", die ständig in übelster Weise hetzte, hatte einen unliebsamen Besuch von „Hakenkreuzlern" zu verzeichnen.

Nun aber mußten sich die Kampfverbände offen gegen die Regierung zur Wehr setzen, die mit Auflösung der Sturmtrupps in dem gleichen Zeitpunkt drohte, in dem in Berlin die Deutschvölkische Freiheitspartei und andere nationale Verbände verboten und unterdrückt wurden.

Die Stimmung stieg zur Siedehitze, als der Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik gegen völkische Führer in Bayern vorzugehen sich anschickte. Nur aus dieser überhitzten Stimmung ist es abzuleiten, daß die Kampfverbände sich zu einem Schritt hinreißen ließen, der nur dann angebracht war, wenn sie in ihrer Gesamtheit zum Kampf bereit und auch zur letzten Folgerung rücksichtslos entschlossen gewesen wären. Das war aber von Anfang an nicht der Fall.

Die Kampfverbände waren noch bei der Übung auf der Fröttmaninger Heide versammelt, als die Führer zu Besprechungen in den Scheibenhütten des Schießplatzes Neufreimann zusammentraten. Ich hielt mich als aktiver Reichswehroffizier von diesen Besprechungen fern; was ich aber sah und hörte, war das wenig erfreuliche Bild eines „Kriegsrates“ unseligen Angedenkens. Schließlich einigte man sich auf die Überreichung einer Note, wohl in der stillen Hoffnung, daß die Regierung sie gut aufnehmen werde. Vorbereitungen, um im Falle einer Ablehnung die Forderungen zu erzwingen, wurden nicht getroffen. Der gerade Soldat Kriebel übernahm die Unterzeichnung und die Vertretung der Sache. Die Note hatte folgenden Wortlaut:

„Die Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen Kampfverbände unterbreitet der bayerischen Staatsregierung folgende Erklärung:

Zur Zeit sind beim Staatsgerichtshof in Leipzig mehrere Strafverfahren wegen Verstößen gegen das Republikschutzgesetz gegen Führer und Mitarbeiter der vaterländischen Bewegung in Bayern anhängig. So sind nach Leipzig vorgeladen die Schriftleiter des „Miesbacher Anzeiger“ Weger und Dietrich Eckart, das Mitglied der N.S.D.A.P. Hermann Esser und noch eine Reihe anderer Mitglieder unserer Verbände. Außerdem sind Strafverfahren eingeleitet gegen den Herausgeber des „Heimatland“, Hauptmann a. D. Weiß, und gegen den Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler.

Von der im Republikschutzgesetz vorgesehenen Befugnis, dieses Strafverfahren an die ordentlichen bayerischen Gerichte zu überweisen, hat der Staatsgerichtshof bei den ersteren wenigstens keinen Gebrauch gemacht, wohl in der sehr durchsichtigen Absicht, damit die nationale Bewegung

auch in Bayern vom Norden aus, mit Zuhilfenahme der bayerischen Regierung, zu zerschlagen.

Im vollen Einverständnis mit der Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen Kampfverbände haben sich die Herren Weger, Dietrich Eckart und Esser geweigert, vor dem Revolutionstribunal zu erscheinen. Zeitungsnachrichten zufolge ist nun gegen Dietrich Eckart Haftbefehl wegen Nichterscheinens erlassen worden.

Die Arbeitsgemeinschaft erklärt in voller Erkenntnis der Tragweite dieses Entschlusses, daß sie sich mit ihrer gesamten Macht vor die mit Haft bedrohten nationalen Männer stellt und gewillt ist, den Vollzug der Haftbefehle mit den ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln zu verhindern. Wir erklären aber gleichzeitig, daß die Angeklagten, ebenso wie wir alle, bereit sind, sich den ordentlichen bayerischen Gerichten zu stellen.

Die Arbeitsgemeinschaft hat sich vorgestern der bayerischen Staatsregierung verpflichtet, sich mit allen ihren militärischen Teilen dem Landeskommandanten zum Schutze unseres Vaterlandes bedingungslos zur Verfügung zu stellen.

Wenn diese Verpflichtung nicht eine leere Form sein soll, dann müssen wir verlangen, daß auch die bayerische Regierung uns und unsere Leute vor der Vergewaltigung, die Severing den uns Gleichgesinnten in Norddeutschland antut, hier in Bayern bedingungslos schützt.

Dazu gehört:

1. daß die bayerische Staatsregierung den Vollzug von Haftbefehlen des Staatsgerichtshofes gegen die vaterländisch gesinnten Männer Bayerns ein für allemal ablehnt,

2. sofort beim Reichsrat den Antrag auf restlose Aufhebung der Republikschutzgesetze einbringt und für den Fall der Nichtannahme dieses Antrages die weitere Durchführung der Republikschutzgesetze in Bayern verweigert.

Mit Rücksicht auf die Gefahr, in der die Angeklagten schweben, die sehr erregte Stimmung unserer Leute und die Möglichkeit, daß es deshalb zu unüberlegten Einzelaktionen kommt, bittet die Arbeitsgemeinschaft, daß die bayerische Staatsregierung ihre Antwort noch im Laufe

des Tages an die Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen Kampfverbände gelangen läßt.

Die Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen
Kampfverbände:

Reichsflagge B.B. München N.S.D.A.P.
Oberland Unterland Zeitfreiwilligenkorps München.

Für die Ausfertigung:
gez. Kriebel."

Eine Abordnung der Führer übergab das Schriftstück dem Vorsitzenden im Ministerrate von Knilling.

Der Ministerpräsident nahm die Forderungen zur Kenntnis. Er stellte, was vorauszusehen gewesen war, gewisse Bemühungen in Aussicht, um die erhitzten Gemüter zu beruhigen; irgendwelche Sicherungen oder Versprechungen gab er nicht.

Der Landeskommandant verschloß sich den Forderungen der Kampfverbände überhaupt.

Es blieb nur übrig, die Truppen der Kampfverbände wieder in die Quartiere rücken zu lassen und die Verhandlungen, zu denen sich die Regierung bereit erklärt hatte, aufzunehmen.

Die Regierung erreichte mit ihrem Verhalten jedenfalls, daß sie den Kampfverbänden den Anlaß zur Aktion nahm; zu einem Kampf von sich aus fühlte sie sich selbst wohl noch nicht stark genug.

Dr. von Knilling beauftragte den Oberregierungsrat Stauffer des Justizministeriums, die weiteren Verhandlungen mit der Arbeitsgemeinschaft zu führen. Ganz richtig meinte mein erster Mitarbeiter, Hptm. Seydel, in einer ausgezeichneten Beurteilung über diesen Punkt: „Die Verhandlungen mit Stauffer wären schon aus dem Grunde abzulehnen, weil es sich für uns gar nicht um juristische Klügeleien handelt, sondern einzig und allein um den Kampf gegen die Zerstörung der nationalen Freiheitsbewegung. Wie sich die Juristen zu den Republikschutzgesetzen stellen, kann uns gänzlich Wurst sein. Sowie wir die Sache aufs juristische Gebiet hinüberziehen lassen, sind wir von Anfang an verloren."

Der Karren war zweifellos gänzlich verfahren; praktisch hatten die Kampfverbände eine Schlacht verloren.

Dies wurde vielleicht nicht so allgemein erkannt, weil auch die Regierung keine Lust zeigte, den Bogen zu überspannen und sich des Erfolges einer Machtprobe durchaus nicht sicher war.

Die „Politiker" in den Kampfverbänden glaubten sich sogar einen Erfolg vortäuschen zu können; wir Soldaten beurteilten die Sache aber nüchterner und wohl auch richtiger.

Ich ließ folgende Antwort entwerfen, die der bayerischen Staatsregierung übergeben werden sollte, um die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen:

„Die Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen Kampfverbände hat mit Entrüstung davon Kenntnis genommen, daß die bayerische Regierung entschlossen ist, nicht nur die in Frage stehenden, sondern auch alle weiteren vom Leipziger Revolutionstribunal angeordneten Verhaftungen rücksichtslos durchzuführen.

Die Arbeitsgemeinschaft erklärt ausdrücklich, daß die juristische Seite der Angelegenheit für sie ohne Interesse ist. Sie erklärt weiter, daß ein großer Teil der betroffenen Personen ihrer Organisation fernstehen. Es handelt sich auch gar nicht um Namen und Personen, sondern einzig und allein darum, daß es dem gesunden Volksempfinden Hohn spricht, wenn in einer Zeit, wo der Feind im Land steht und ständig weiter vorrückt, nationale Führer und andere Männer, welche ihre Person ganz in den Dienst der vaterländischen Sache gestellt haben, von einem politischen Gericht eingesperrt werden, während internationale Lumpen und Vaterlandsverräter frei herumlaufen und ungestört — teilweise sogar unter dem Schutz der Immunität — ihr verbrecherisches Handwerk ausüben können.

Die Arbeitsgemeinschaft stellt mit Bedauern fest, daß sie in ihrem Kampf um die nationalen Notwendigkeiten Bayerns und damit des Reiches auf eine Unterstützung der bayerischen Regierung nicht rechnen kann. Sie wird diesen Kampf daher in Zukunft **allein** führen, beseelt von tiefer Sorge um unser geliebtes Vaterland, das durch Verhandlungen, Kompromisse und Parteischiebungen von Tag zu Tag tiefer in den Abgrund gezerrt wird.

Die Arbeitsgemeinschaft stellt ausdrücklich fest, daß die Veröffentlichung ihrer Forderungen sowie der daraus sich ergebenden Verhandlungen nicht von ihrer Seite, sondern durch die Regierung erfolgte."

Die Bayerische Volkspartei verstand die Verstimmung zwischen Regierung und Arbeitsgemeinschaft geschickt auszunützen. Sie erreichte durch den Abgeordneten Schäffer, daß der Bund „Bayern und Reich“ sich zu „unbedingter Staatstreue“ verpflichtete. Gleichzeitig setzte Schäffer seine Bemühungen fort, die Organisation „Unterland“ den Kampfverbänden abspenstig zu machen. Oberstleutnant Hofmann hatte einen schweren Stand, um so mehr, als auch der Befehlshaber sein politisches Verhalten nicht billigte. Die Versuche, einen Keil zwischen Nationalsozialisten und andere Verbände zu treiben, wurden überhaupt mit großer Zähigkeit durchgeführt.

Den Feinden der Arbeitsgemeinschaft kam es vor allem darauf an, den Einfluß Hitlers nicht zu groß werden zu lassen.

Demgegenüber war mein Sinnen und Trachten allein darauf gerichtet, Hitler die diktatorische politische und Kriebel die diktatorische militärische Führung in den Kampfbünden zu verschaffen.

Oberstleutnant Kriebel hatte als militärischer Führer zweifellos eine unbestrittene Autorität und vermochte sich durchzusetzen; in politischen Fragen glaubte aber jeder Verband, seine eigenen Wege gehen zu können. Die Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft drohten in politische Diskussionsabende auszuarten, in denen jeder Teilnehmer die Schleusen seiner Beredsamkeit hemmungslos austoben lassen wollte. Die Arbeitsgemeinschaft war meiner Anschauung nach auf dem besten Wege, das zu werden, was wir bekämpften, nämlich ein Parlament. Ich verlor kostbare Zeit, die zu wichtigeren Dingen fehlte. Da es so nicht weitergehen durfte — schließlich war ich der Hausherr und hatte meine Räume zur Verfügung gestellt —, bat ich Hitler, in einer Denkschrift Zweck, Aufgabe und politische Ziele der Arbeitsgemeinschaft festzulegen. Die Denkschrift Hitlers sollte die politische Marschrichtung der Gemeinschaft bestimmen, so daß die dauernden politischen Redeübungen eingestellt werden konnten. Hitler entledigte sich seiner Aufgabe in meisterhafter Weise. In seiner Denkschrift vom 19. 4. 1923 führte er einleitend aus:

„Mit dem Umsturz der Rucksackidealisten vom Jahre 1918 und der Begründung der neuen, materielle Bedürfnisse befriedigenden republikanischen Staatsform gingen

die wahrhaft idealen, Begeisterung und Opfermut erweckenden Vorstellungen einer großen Nation zugrunde. Die Republik besaß schon am Tage ihrer Begründung nicht mehr die Möglichkeit, aus dem Reservoir ihrer inneren Anhänger diejenigen Kampfkräfte aufzustellen, die sie als Schutz auch nur gegen Raub und Plünderung dringendst brauchte.

Der neue Staat war so bar jedes Ideals, daß schon im Jahre 1918, noch mehr im Frühjahr 1919 niemand bereit war, für ihn das Leben einzusetzen.

Notgedrungen wendeten sich die republikanischen Regierungen an die Kreise der von ihnen bekämpften Bourgeoisie, um aus ihren Reihen Kämpfer zum Schutze der Republik zu finden.

In der naiven Meinung, das Wohl des Vaterlandes über die jeweils herrschende, wenn auch innerlich abgelehnte Staatsform zu stellen, zogen nun Zehntausende deutscher Studenten, ehemalige Offiziere usw. für die Republik gegen den drohenden inneren Feind ins Feld.

Die Grundvorstellung der alten Armee, daß sich die Streitmacht des Landes frei zu halten habe von politischen Erwägungen, wurde nun nach dem Zusammenbruch des alten Instruments unseligerweise von den neuen vaterländischen Kampforganisationen übernommen. In kluger Pfiffigkeit verstanden es die Drahtzieher der Berliner Regierungen, den vaterländischen Kampfverbänden, Freikorps usw. einzuflüstern, daß politische Betätigung das ausschließliche Reservat politischer, d. h. jüdischer Parteien wäre. Die gleichen Kräfte, die einst die alte Armee politisierten, d. h. sie dem damals **nationalen Staat** zu entfremden versuchten, verdammten nun die Politik bei Organisationen, die zum Schutz des internationalen Staates das Leben ihrer Anhänger einzusetzen hatten.

Dieser Tatsache ist es in erster Linie zuzuschreiben, daß das deutsche Volk seit dem Zusammenbruch des Jahres 1918 mehr und mehr auf der schiefen Ebene nach links abwärts glitt.

Wenn die Wiedergeburt der deutschen Nation überhaupt noch einmal Tat werden soll, dann kann diese nur über den Weg einer inneren sittlichen Erneuerung geschehen. Eine der wesentlichsten Voraussetzungen eines solchen beginnenden, seelischen Wiedergenesungsprozesses ist die Anerkennung folgender These:

Das Recht zu regieren hat nur, wer bereit ist zu sterben.

Das heißt: die Armee als Instrument der Nation konnte solange unpolitisch bleiben, solange die Politik von einem Volk besorgt wurde, das infolge der allgemeinen Wehrpflicht im Entscheidungsfalle selber Mann für Mann auf das Schlachtfeld treten mußte.

Heute, da die Nation die Verpflichtung des Kampfes für das Vaterland nicht mehr anerkennt, besitzt das Recht zur Politik von vornherein bloß der, der freiwillig bereit ist, die ehemalige Pflicht als neue Ehre auf sich zu nehmen.

Von diesem Gesichtspunkt aus lege ich deshalb Protest ein gegen die Auffassung, daß die vaterländischen Kampfverbände kein Recht zur politischen Betätigung besäßen. Im Gegenteil, das, was einst vielleicht ein Recht war, ist heute Pflicht.

Die vaterländischen Kampfverbände haben die Pflicht, politisch zu denken und politisch zu handeln.

Das Ziel dieser politischen Betätigung wird stets sein müssen:

Befreiung Deutschlands vom inneren und äußeren Feinde, Zusammenschluß aller Deutschen in einem großen gemeinsamen Vaterlande. Der Weg zu diesen Zielen aber heißt für diese Verbände nicht reden, sondern kämpfen."

Die Aufgabe der Kampfverbände umgrenzte Hitler folgendermaßen:

„Sie haben dafür Sorge zu tragen, daß mit unerbittlicher Konsequenz Bayern zum Nationalstaat innerhalb der Grenzen des verseuchten Reiches gemacht wird. Zum Nationalstaat, der nicht zwischen Deutschen und Nichtdeutschen verhandeln will, sondern der dem Deutschen alle Rechte gibt und dem nicht deutsch sein Wollenden höchstens den Tod übrig läßt.

Die vaterländischen Kampfverbände haben die, vielleicht erst von einer späteren Generation ganz zu begreifende Aufgabe, im Eiterfeld des heutigen Marxistendeutschlands einen Herd für die kommende Erneuerung zu schaffen. Sie haben sich nicht einlullen zu lassen von der Phrase der **„Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung"**, die in Wirklichkeit Fäulnis und Tod bedeutet, sondern haben aufzugehen im Willen, der Unordnung dieses Reiches, der Todesruhe dieser Nation ein Ende, wenn nötig mit Schrecken, zu bereiten. Sie haben in unermüdlichem, tagtäglichem Kampf dem marxistischen Gegner an der Klinge

zu bleiben, die Regierung jedoch in immerwährenden Angriffen zu zwingen, Farbe zu bekennen und Stellung zu nehmen. Sie haben sich nicht mit einer „gleichen Behandlung" zu begnügen, wie sie etwa Kommunisten usw. auch zuteil wird, sondern haben grundsätzlich den Unterschied zwischen Staatsbürgern, d. h. solchen, die dem Staat dienen wollen, und Staatsverrätern, also solchen, die ihn schmähen, herauszumeißeln. Sie haben vor allem scharf zu unterscheiden zwischen **Nationalinteressen** und **Regierungs- bzw. Parlamentswünschen.**

Nationalinteresse ist die Säuberung der Nation; Regierungsinteresse ist Ruhe und Frieden; Parlamentsinteresse schafköpfige Geduld.

Die vaterländischen Kampfverbände haben vor allem die Aufgabe, die innere Voraussetzung für die Durchführung des äußeren Kampfes zu schaffen, d. h. die Kräfte zu brechen, die den äußeren Widerstand entweder nicht beginnen lassen oder später lähmen würden."

Ich hätte gewünscht, daß Hitlers Ausführungen ohne Debatte zum politischen Programm der Arbeitsgemeinschaft erhoben worden wären. Leider sollte bis dahin noch eine geraume Zeit verstreichen. Die Arbeitsgemeinschaft war innerlich hierzu noch nicht gefestigt genug. Die Gefahr der mangelnden straffen, einheitlich aktivistischen Einstellung wurde in diesen Tagen viel mehr noch dadurch erhöht, daß die „Vereinigten Vaterländischen Verbände Bayerns" (V.V.V.B.) an die Arbeitsgemeinschaft Anschluß suchten und fanden.

Die Übung der Kampfverbände auf der Fröttmaninger Heide am 15. 4. 1923, die den Ausgangspunkt des Zwistes mit der bayerischen Regierung bildete, hatte auch für mich persönlich besondere Folgen.

Als Führer der Reichsflagge München hatte ich an diesen Verband einen Befehl erlassen, in dem einige Reichswehroffiziere, die der Reichsflagge angehörten, als Übungsleiter namentlich erwähnt waren.

Die „Münchener Post", der dieser Befehl in die Finger kam, druckte ihn wörtlich ab. Dazu bemerkte sie: „Woraus auch nebenbei Geßlers General Seeckt ersehen kann, wie die Reichswehr in Bayern es mit seiner Erklärung über die politische Betätigung der Offiziere in der Praxis hält." „Vorausgesetzt, daß die Regierung noch in der Lage ist,

die Angelegenheit zu untersuchen, und die ihr unterstellten Organe gewillt sind, diese Untersuchung durchzuführen, wollen wir ihr behilflich sein", fügte sie in ihrer „staatstreuen", biedermännischen Art hinzu.

Dem Herrn Geßler rief die „Rote Fahne" am 19. 4. zu: „Herr Wehrminister, Sie müssen von Berlin aus eingreifen!"

Herr Geßler griff ein. Am 25. 4. 1923 ordnete er unter anderem an:

„Wiederholt haben Übungen von Vereinen in aller Öffentlichkeit stattgefunden, an denen einzelne Reichswehrangehörige und auch Truppenteile teilgenommen haben. Die darüber in der Presse verbreiteten Nachrichten werden den Franzosen ein hochwillkommenes Material liefern. Jede Beteiligung Reichswehrangehöriger an solchen Übungen muß daher unterbleiben. Insbesondere ersuche ich, dem Hauptmann Röhm die Bearbeitung derartiger Sachen abzunehmen.

Mit politischen Vereinigungen ist vielfach zusammengearbeitet worden. Die Beziehungen müssen gelöst werden."

Zum Schluß ersuchte er den Befehlshaber noch, sich auch für seine Person dem politischen Leben fernzuhalten.

Daraufhin wurde auch in Bayern vom Befehlshaber des Wehrkreises VII den Reichswehrangehörigen die Zugehörigkeit zu den vaterländischen Verbänden verboten.

Ich legte die Führung der Reichsflagge München nieder und übergab sie meinem bisherigen Stellvertreter, Hauptmann Seydel. Auch von einer aktiven Beteiligung an der Arbeitsgemeinschaft hielt ich mich von diesem Zeitpunkt an fern.

23. Der 1. Mai 1923

„Die Kunst des wahren Staatsmannes", führte Hitler in seiner vorhin aufgeführten Denkschrift aus, „bestünde darin, den Teil der Nation herauszufinden, der noch bereit ist, mit Leib und Leben für Deutschland einzutreten; diesem Teile aber die Kampfeslust aufs höchste zu steigern durch die Überzeugung, daß Regierung und Staatsleitung in der Gesinnung identisch sind mit den Kämpfenden, d. h. also: **Ein von Nationalisten verteidigtes, aber auch von Nationalisten regiertes Land zu sein.**"

„Zu dieser klaren, eindeutigen Haltung können sich vor allem die sogenannten rechtsstehenden Politiker niemals durchringen, wohl aber um so mehr zum Gegenteil die linken.

Während die international eingestellten Regierungen des Reiches mit brutalstem Fanatismus das nationale Element zu Tode hetzen, versuchen die sogenannten nationalen Regierungen „auszugleichen", „Gegensätze zu überbrücken", kurz sie schweben als Geister über den Gewässern und gewinnen deshalb auch nirgends tragfähigen Boden.

Während das übrige Reich in seiner marxistischen Verseuchung allzu konsequent die Ausrottung des nationalen Teiles betreibt, versucht z. B. die bayerische Regierung, eine sogen. „nationale-bürgerliche", paritätisch zwischen Vaterlandsverrätern, Vaterlandsverleugnern und vaterländischen Helden zu vermitteln. Sie werden beide auf eine Stufe gestellt und damit dem Anständigen Rechte verweigert, die der Unanständige selbstverständlich gar nicht verdient.

Es wird dadurch aber endlich den nationalen Elementen die innerste Überzeugung geraubt, mit Zweck zu fechten. Ja, im Gegenteil, ihnen wächst die Befürchtung von Tag zu Tag, daß ein Kampf für das Vaterland eines Tages an den gleichen Dolchstößen verbluten würde, wie einst der Widerstand der Heldenarmeen auf dem Boden Frankreichs."

Diese Politik der Regierungen konnte nur dazu führen, daß eines Tages der Kampf an der Ruhr in sich zusammenbrechen mußte.

Deutschland stand praktisch im Kriege mit Frankreich.

Trotzdem geschah nichts, um dem nationalen Widerstandswillen restlos Geltung zu verschaffen. Der „Burgfriede" Bethmann-Hollwegs unseligen Angedenkens war wieder erklärt. Die Feigheit, Jämmerlichkeit und Unentschlossenheit im Lager der sogenannten Bürgerlichen war schlechterdings nicht mehr zu überbieten. Die Duldsamkeit gegenüber roten Übergriffen war der offene Verrat an den Ruhrkämpfern.

Freilich nur den Kämpfern gegenüber; denn der amtliche Ruhrwiderstand war längst schon auf dem toten Gleis angelangt.

Die Regierung und die Gewerkschaften, die sich als die Träger des Widerstandes aufspielten, beschränkten sich auf Hergabe und Hinnahme der Ruhrspenden, die das ganze Volk be-

zahlte. Wenn später, wohl nicht immer ohne Berechtigung, den Unternehmern vorgeworfen wurde, daß sie sich aus Mitteln der Ruhrspende zum Teil ungerechtfertigt bereicherten, so waren die Gewerkschaften in der Wahl der Verwendung der Mittel wohl nicht weniger wählerisch. Manche wohlausgestattete sozialistische S.A. wird mit Befriedigung dieser Ruhrspenden gedenken.

Den roten Bonzen war diese Art der „Kampfführung" natürlich ganz nach dem Herzen: sie füllte ihre Vereinskassen und erheischte keine Opfer von ihnen. Diese durften an der Ruhrfront die „unreifen" Angehörigen vaterländischer Verbände und deutsche Arbeiter bringen. Die Sozialdemokratie aber und die ihr gesinnungsverwandten Parteien verbanden das Angenehme mit dem Nützlichen und ließen sich bei dieser Gelegenheit wieder einmal ihre nationale Einstellung amtlich bescheinigen.

Den Gipfel der Herausforderung erklomm ihr Verhalten aber doch, als sie für den 1. Mai zu großen Demonstrationen gemeinsam mit den Kommunisten im ganzen Reich aufriefen.

Nun hätte man erwarten können, daß die Reichsregierung diesem Hohn auf die „Einheitsfront" entgegengetreten wäre und daß die nichtsozialistischen Parteien und die nationalen Bünde und Vereine einmütig diese Herausforderung zurückgewiesen hätten.

Man stelle sich nur vor: Deutschland kämpft einen Verzweiflungskampf um sein Leben; gleichzeitig werden im Lande die roten Fahnen des Aufruhrs enthüllt.

Es geschah nichts: in sträflicher Schlappheit und Charakterlosigkeit nahm das „nationale" Bürgertum die Ohrfeige hin.

Diese Erniedrigung wollte die Arbeitsgemeinschaft wenigstens dem nationalen Bayern erspart wissen.

Sie wandte sich in einer Kundgebung an die Regierung, die in letzter Stunde die Staatsleitung zum Eingreifen veranlassen sollte.

Die Arbeitsgemeinschaft gab sich der Erwartung hin, daß die Regierung durch Verhängung des Ausnahmezustandes aufreizende Demonstrationen unterbinden würde und wollte sich zu diesem Zweck ihr vorbehaltlos zur Verfügung stellen. An ein Vorgehen gegen die staatliche Macht war natürlich überhaupt nicht gedacht gewesen.

Die *Regierung* des Freistaates Bayern konnte sich zu einem Eingreifen nicht entschließen.

„Objektive" bürgerliche Spießerblätter stellten sogar fest, daß die Umzüge der Roten am 1. Mai sogar zu Zeiten der Monarchie gestattet worden wären. Sie vergaßen freilich dabei, daß die Monarchie nicht zuletzt wegen dieser falschen Duldsamkeit zusammengebrochen war.

So entschloß sich denn die Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen Kampfverbände zu selbständigem Vorgehen.

Sie beabsichtigte, am 1. Mai an einer Reihe von Plätzen in München sich bereit zu stellen, um der roten Kundgebung die nationalistische entgegenzusetzen. So sollten u. a. die Isarübergänge besetzt werden, um den roten Umzügen den Einmarsch in die innere Stadt zu verwehren.

Die Besprechungen der Arbeitsgemeinschaft, an denen ich nicht teilnahm, ergaben, wie mir berichtet wurde, das bezeichnende Bild des mangelnden straffen Zusammenhalts. Zunächst war alles begeistert dafür, dann kamen die „Bedenken". Die fehlende innere Geschlossenheit und Einheitlichkeit einzelner Verbände, wie V.V. München und Zeitfreiwilligenkorps, lähmte die Entschlußkraft und Verantwortungsfreudigkeit ihrer Führer. Regierung und Parteien nutzten diese Schwäche aus und versuchten ein einheitliches Vorgehen der Verbände zu vereiteln.

Am 30. 4. 1923 spitzte sich die Lage zu. Nach eingetroffenen Nachrichten, die sich allerdings später als falsch herausstellten, waren an die Maffeiarbeiter Waffen ausgegeben worden; auswärtige Kommunisten sollten in München zusammengezogen werden.

Am Nachmittag dieses Tages wurde ich von Exzellenz von Lossow zu einer Unterredung mit Hitler zugezogen.

Hitler hielt dem Befehlshaber vor, daß eine Verweigerung der Unterstützung durch die Reichswehr einen Bruch gegebener Zusicherungen bedeute. Der General erwiderte ihm, daß er wohl wisse, man werde ihn deshalb stark verurteilen, er sehe sich aber nicht in der Lage, helfend einzugreifen.

Erst als auch die Unterstützung durch den Befehlshaber der Reichswehr versagt und deshalb die Zuverlässigkeit einiger Verbände in Frage gestellt war, entschloß sich die Arbeitsgemeinschaft im Laufe der Nacht, einen Teil der Verbände

am nächsten Morgen, statt verteilt auf den anfangs vorgesehenen Plätzen, geschlossen auf Oberwiesenfeld bereitzustellen.

Am frühen Morgen des 1. Mai rückten Nationalsozialisten und Reichsflagge auf ihre Bereitstellungsplätze am Exerzierplatz Oberwiesenfeld. Die Reichsflagge München befehligte mein Nachfolger in der Führung Hptm. Seydel. Oberland stellte sich beim Maximilianeum bereit. Auch der Wikingbund gab eine kurze Gastrolle auf Oberwiesenfeld.

Persönlich mußte ich mich mit Rücksicht auf den mir erst vor wenigen Tagen erteilten Befehl des Landeskommandanten von allen Ereignissen fernhalten. Ich begab mich zur gewohnten Zeit in das Wehrkreiskommando in mein Dienstzimmer und konnte bald feststellen, daß mein Fernsprecher überwacht war. Das Wehrkreiskommando war auf das äußerste aufgebracht, daß ein Teil der Verbände auf Oberwiesenfeld bewaffnet war und maß mir daran die Schuld zu.

So standen denn — ein augenfälliger Erfolg der Regierungskunst des Freistaates Bayern — am 1. Mai zwei Feldlager sich gegenüber: auf Oberwiesenfeld die Kampfverbände, auf der Theresienwiese die Mai-Demonstranten. Um 10.05 Uhr vormittags rief mich der Polizeipräsident an und ersuchte mich um Vermittlung bei den Kampfverbänden. Da ich mich jeder Einmischung enthalten wollte, lehnte ich ab. Um 10.20 Uhr zog der Präsident das Ersuchen wieder zurück.

Um 11.15 Uhr ersuchten mich die Kampfverbände, die Waffen auf Oberwiesenfeld zu übernehmen. Ich gab das Ersuchen an die berufenen Stellen weiter, ohne mich um Vollzug und Durchführung zu kümmern.

Nach Abgabe und Verwahrung der Waffen rückten die Kampfverbände von Oberwiesenfeld zur Leopold- und Ludwigstraße und zogen mit wehenden Fahnen durchs Siegestor.

Eines war jedenfalls erreicht; durch den angedrohten und auch mit Flugzetteln bekannt gegebenen Aufmarsch der Kampfverbände war den Roten die Lust zur Kundgebung am 1. Mai vergangen. Nur eine kleine Schar war dem Rufe der Führer auf die Theresienwiese gefolgt und auch diese Schar zeigte keine Neigung zum Kampf und verhielt sich zurückhaltend.

Der Aufmarsch der Kampfverbände hatte verhindert, daß, just an dem Tage, an dem in München durch tapfere Frei-

korps die roten Fahnen der Räte heruntergeholt worden waren, vier Jahre später die gleichen roten Fahnen durch die Straßen der Hauptstadt getragen wurden.

Ihrer Vaterstadt München hatten die Verbände diese Schande erspart.

In München — fast der einzigen großen Stadt im Reiche — war ein Zustand nicht geduldet worden, der den frohlockenden Feinden die ganze innere Schwäche und Aussichtslosigkeit des Kampfes enthüllte, den die zur Abwehr an der Ruhr vorgeblich bis aufs äußerste entschlossene deutsche Regierung zu führen sich vermaß.

Für die Arbeitsgemeinschaft aber selbst war die Aktion des 1. Mai kein Erfolg. Hatte sie schon im Stande der Vorbereitung ihre mangelnde innere Geschlossenheit erwiesen, so ergab der 1. Mai selbst das Bild, daß eine Reihe von Verbänden für den Kampf nur bedingt brauchbar war.

Der 1. Mai wiederholte die Lehre des 15. April, daß ein Vorgehen nur dann Erfolg verspricht, wenn es bis zu den letzten Folgerungen durchgeführt werden kann und will. Die bayerische Regierung zog aber aus dem Ergebnis des 1. Mai den Schluß, daß sie Forderungen und Drohungen der Arbeitsgemeinschaft nicht übermäßig ernst zu nehmen brauche und diese mit der Zeit schon kleinkriegen werde. Der Abg. Schäffer der Bayerischen Volkspartei vertrat allerdings darüber hinaus die Ansicht, daß „Clemenceau diese Leute an die Wand gestellt hätte"; natürlich die Nationalisten und nicht die Leute mit den roten Fahnen, wie ich beifügen muß, um Mißverständnisse auszuschließen.

Soweit ich allerdings Clemenceau aus seiner Tätigkeit während des Krieges beurteile, hätte dieser sicherlich die anderen an die Wand gestellt.

Die Regierung eröffnete, um ihre Stärke und Entschlossenheit aller Welt kund zu tun, ein hochnotpeinliches Verfahren gegen die „Aufrührer" des 1. Mai — natürlich nur die nationalistischen! — auf Grund des § 127 des Strafgesetzbuches, ein Verfahren, das sich jahrelang hinzog. Zeitweise, wenn es gerade zweckdienlich erschien, wurden die Akten wieder aus der Schublade gezogen und neue Vernehmungen in Aussicht gestellt oder durchgeführt. Erst Anfang 1927 wurde das Verfahren eingestellt. Sicher sehr zum Verdrusse des Staats-

anwalts D r e s s e, der sich als Spezialgebiet für diesen und künftige Fälle die Aufgabe gestellt hatte, den bösen Nationalisten und Nationalsozialisten auf den Zahn zu fühlen und dieser Aufgabe mit großer Gründlichkeit und Liebe oblag.

Auch ich hatte den Vorzug, später einem eingehenden Verhör unterstellt zu werden.

Um der Angelegenheit den richtigen würdigen Abschluß zu geben, hat im Herbst 1927 ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtags nochmals alle Vorgänge der „allein sachgemäßen" Prüfung unterzogen.

Am 3. Mai 1923 eröffnete mir General von Lossow in Gegenwart der Generale von Epp, von Danner und Freiherr von Kreß und der Oberstleutnante Freiherr von Berchem und Meier die Enthebung von meiner Dienststelle und meine in Berlin beantragte Versetzung als Kompaniechef nach Bayreuth.

Die Frage, ob ich zu der Maßnahme mich äußern wolle, verneinte ich. Da ich, ohne gehört zu sein, verurteilt worden war, war ich zu stolz, mich zu rechtfertigen.

Am gleichen Tage erbat ich meinen Abschied aus dem aktiven Militärdienst.

Am 4. Mai beurlaubte mich General von Lossow auf meine Bitte hin bis zur Entscheidung meines Abschiedsgesuches. Meine Tätigkeit im Wehrkreiskommando hatte vorerst Oberstleutnant Meier zu übernehmen.

Meinem Schaffen in dem bisherigen Rahmen war damit ein Ziel gesetzt.

Von dem Werk, das ich in vier Jahren entsagungsreicher und verantwortungsvoller Tätigkeit aufgebaut hatte, wurde ich nun gewaltsam gerissen.

Es ist schon so im menschlichen Leben wie im Kriege: Du bist von Feinden jederzeit und allerorts umstellt und führst mit ihnen einen Kampf auf Leben und Tod, ohne versehrt zu werden; plötzlich aber erreicht dich ein verirrtes, unbeachtetes Geschoß und streckt dich nieder.

Der Eindruck auf meine Mitarbeiter war außerordentlich. Die sämtlichen Offiziere legten dem neuen Chef die Bitte um Dienstenthebung vor.

„Was die gleichzeitige Kündigung der Herren betrifft", so führte Hauptmann S e y d e l in einer Begründung seines

Schrittes dem Stabschef des Wehrkreiskommandos gegenüber aus, „die mich in ihrer Geschlossenheit selbst überrascht hat, so bitte ich, um Mißdeutungen vorzubeugen, ausdrücklich feststellen zu dürfen, daß hierauf weder Hauptmann Röhm noch ich auch nur den geringsten Einfluß ausgeübt haben. Es hat auch meines Wissens keine Versammlung, Beratung oder gemeinsame Aussprache der Herren darüber stattgefunden. Ich kann mir diese Übereinstimmung nur durch das persönliche Vertrauensverhältnis erklären, in dem auch sie alle zu Hauptmann Röhm stehen; sachlich werden sie wohl die gleichen Gründe bewegen, wie mich."

Ich verabschiedete mich in den nächsten Tagen von meinen getreuen Mitarbeitern, entband sie der mir gegenüber eingegangenen Verpflichtung und stellte ihnen Mitarbeit und Verpflichtung dem neuen Chef gegenüber anheim.

Die Mehrzahl der Herren lehnte diese ab.

Am 10. 5. 1923 übergab ich dem Stadtkommandanten, General von Danner, eine ausführlich begründete Beschwerdeschrift gegen General v. Lossow.

Nach manchem Hin und Her gewährte mir der Befehlshaber am 29. 5. 1923 eine Aussprache, die einen befriedigenden Verlauf und Abschluß nahm.

Das Ergebnis war, daß mir General von Lossow mein Abschiedsgesuch zurückgab.

Mittlerweile hatte allerdings Dr. Geßler, der von der Einreichung meines Abschiedsgesuches erfahren hatte, meine Verabschiedung drahtlich angeordnet.

Nun war es General von Lossow, der sich energisch dagegen wehrte und die Zurücknahme der Verfügung des Reichswehrministers durchsetzte.

Ich erbat zur Wiederherstellung meiner Gesundheit, die durch die letzten Vorgänge doch sehr in Anspruch genommen war, einen vierwöchigen Kuraufenthalt im Militärerholungsheim Bad Reichenhall. General von Lossow veranlaßte sofort meine dortige Einweisung.

Um später nicht den Zusammenhang zu zerreißen, will ich gleich hier meine weiteren militärischen Schicksale bis zu meinem Ausscheiden aus der Reichswehr einfügen.

Ich hatte den General von Lossow gebeten, zur Erweiterung meiner praktischen militärischen Kenntnisse vorübergehend zur Artillerie und Kavallerie kommandiert zu werden. Der Befehlshaber erfüllte mir in wohlwollendster Weise meinen Wunsch.

Am 15. August traf ich am Truppenübungsplatz Grafenwöhr ein und wurde dort dem Artillerie-Regiment 7 zur Dienstleistung zugewiesen.

In lebhafter Erinnerung sind mir noch die damals erhaltenen Gebühren, die in wenigen Tagen in Zahlen von phantastischer Höhe Ausdruck fanden. Vielleicht ist es nicht ohne Interesse, jetzt wieder einmal an solche Zahlenungetüme zu erinnern. Sie bezeichnen mehr als alles andere unsere damalige Lage und den rasend fortschreitenden Zusammenbruch der deutschen Währung. An Kommandogeldern erhielt ich nachträglich ausbezahlt: Am 1. 9.: 4 300 000 Mark, am 5. 9.: 6 Millionen, und am 8. 9.: 150 Millionen Mark.

Vom 12. 9. ab durfte ich mit einer Schwadron des Reiter-Regiments 17, zeitweise auch als Führer eingeteilt, die Manöver in der Gegend von Grafenwöhr mitmachen. An diese Tage erinnere ich mich besonders gerne. Ich fühlte mich frei und glücklich, wieder einmal nur Soldat sein und alles andere vergessen zu können.

Viele Kritiker, die meist hierzu gar nicht berufen sind, haben es nach der Revolution dem Reichswehrsoldaten zum Vorwurf gemacht, daß er unter den und jenen Verhältnissen im Heere der Republik weiter diente. Ich habe es stets verstanden, daß viele charaktervolle Offiziere trotz schwerer Demütigung und Enttäuschung sich nicht entschließen konnten, aus dem Dienste zu scheiden. Der Dienst im Heere ist der schönste Beruf und wird für alle Zeiten der schönste bleiben. Und es ist unsagbar schwer für den Mann, der zum Soldaten geboren und erzogen worden ist, dem Inhalt seines Lebens zu entsagen.

Am 19. 9. 1923 kam ich aus dem Manöver nach München zurück, begierig, wohin mich nun der Befehl des Generals von Lossow führen sollte. Der General hatte nach einer Besprechung im Manövergelände in mir freudige Hoffnungen erweckt; ich war deshalb mit Leib und Seele bei der Sache.

Warum ich mich am 26. 9. 1923 erneut zur Vorlage meines Abschiedsgesuches entschloß, läßt sich erst nach Schilderung der politischen Ereignisse des Sommers 1923 begreifen.

Als Abgesang meiner Tätigkeit im Wehrkreiskommando, die am 1. Mai ihren Abschluß fand, will ich aus einem Schriftstück einige Kostproben zum Schlusse noch mitteilen. „Gute" Münchner „Freunde", die ich zu meiner großen Befriedigung später noch feststellen konnte, hatten das Schreiben, um mir den Eselstritt zu geben, nach Berlin gesandt. Der Humor kommt dabei so auf seine Rechnung — freilich unbeabsichtigt —, daß ich glaube, diesem Abschnitt damit einen versöhnenden Ausklang geben zu können.

Ich bedauere nur, daß ich manche besonders schöne Stellen aus Gründen, die ich früher schon gesagt habe, weglassen muß und nur Teile wiedergeben kann.

Unter anderem heißt es in dem Schreiben:

> „Die Nationalsozialisten in Bayern bereiten für die nächsten Monate den gewaltsamen Umsturz planmäßig vor.
>
> Zwei Drittel der Reichswehr in Bayern und zumindest die Hälfte der bayerischen Landespolizei werden Hitler und Röhm unbedingte Gefolgschaft leisten. Der übrige Teil wird wohlwollende Neutralität bewahren. Es muß bei dieser Gelegenheit anerkannt werden, daß der bayerische Landeskommandant von Lossow sowie General von Epp und mehrere höherstehende Offiziere der Reichswehr und der Landespolizei in Bayern der Gewaltaktion durchaus ablehnend gegenüberstehen. Diese Art „passiver Resistenz" kann aber meines Erachtens gerade diesen Männern noch gefährlich werden. Und damit komme ich zur Hauptsache: Der eigentliche „Macher" der Hitlerbewegung ist indessen der im Wehrkreiskommando VII beim Stab des Infanterieführers arbeitende „Hauptmann Röhm". Seine rechte Hand ist der „zur besonderen Verwendung" im Wehrkreiskommando VII kommandierte Leutnant d. Res. Neunzert, der zugleich auch Verbindungsoffizier vom Wehrkreiskommando VII zur politischen Abteilung der Münchener Polizeidirektion ist. Diese Verbindung mit der Abteilung VIa ist für Hauptmann Röhm sehr wichtig und für ihn sehr gebrauchsfähig, zumal Hauptmann Röhm gewissermaßen als gerichtlich beeidigter

Sachverständiger in allen vorkommenden Waffenschiebungen fungiert. Es ist aber eine Ironie des Schicksals, daß die Mehrzahl der Waffenschiebungen auf Hauptmann Röhm selbst entfällt. Es ist geradezu staunenswert, wie verständnisvoll das Wehrkreiskommando VII in München, denn das ist heute Hauptmann Röhm, Hauptmann Seydel und last not least Hauptmann Heiß, auf die Wünsche der Nationalsozialisten einzugehen versteht. Um diese Art Wünsche mitunter zu befriedigen, ist Hauptmann Röhm und Hauptmann Heiß sowie seinem Anhang kein Mittel zu schlecht. In der Hitlerbewegung spricht man auch ganz offen über den „Feldzeugmeister Röhm".

Hauptmann Ernst Röhm hat es unter mißbräuchlicher Ausnützung seiner Stellung im Wehrkreiskommando VII stets in raffinierter Weise verstanden, sich möglichst im Hintergrund zu halten und trotzdem allen diesen Waffenschiebungen und dergleichen die weitestgehende behördliche Unterstützung zuteil werden lassen. Gerade der Umstand, daß Hauptmann Röhm im Wehrkreiskommando VII „heute noch" arbeitet, ferner, daß der Leiter der politischen Polizei der berüchtigten Abteilung VIa der Polizeidirektion München, Herr Regierungsrat Dr. Bernreuther, der intimste Freund des Hauptmanns Röhm, diesen („Röhm") jederzeit vollständig deckt, erleichtert naturgemäß Hauptmann Röhm und seinem Anhang sein geradezu an Hochverrat grenzendes Treiben im großen Umfang. Hat er es doch mittlerweile in selbstherrischer Weise verstanden, im Wehrkreiskommando VII eine eigene Abteilung mit einem regelrechten Stab zu errichten. Es sind dies längst verabschiedete ehemalige Offiziere, die sämtliche in Diensträumen des Wehrkreiskommandos VII (obwohl nicht etatsmäßig) untergebracht sind und naturgemäß von niemand anderem als von Hauptmann Röhm bezahlt werden. Es wäre interessant, wenn auch naheliegend, woher Hauptmann Röhm seit nahezu zwei Jahren die vielen Gelder für diese Zwecke aufzubringen weiß.

Außerdem sei hierbei noch bemerkt, daß der Plan zu der militärischen Felddienstübung in Neufreimann von dem 1. Generalstabsoffizier im Wehrkreiskommando VII, dem Major Hühnlein, selbst Hitleranhänger, ausgearbeitet worden ist.

Ferner steht fest, daß die sämtlichen von auswärts kommenden Nationalsozialisten, die Angehörigen der Geheimorganisation Reichsflagge, Bund Oberland, Bund

Blücher, Zeitfreiwillige usw., die zur Maiaktion herangezogen worden sind, in der Nacht vom Montag, den 30. April, bis Dienstag, den 1. Mai 1923, in der Pionierkaserne in München Unterkunft und Verpflegung erhalten haben. Weiter steht einwandfrei fest, daß der erste Generalstabsoffizier im Wehrkreiskommando VII, Herr Major Hühnlein, am 1. Mai in den Morgenstunden bereits bei Hitler und Hauptmann a. D. Göring auf Oberwiesenfeld war und Hitler und Hauptmann a. D. Göring verraten hat, daß Verstärkung von auswärts gegen Hitler herangezogen würde. Selbstverständlich wird Hühnlein seinem Freund Hitler auch mit Rat in der damals geschaffenen Situation zur Seite gestanden sein und ihm jedenfalls die ihm bekannten beabsichtigten Maßnahmen des bayerischen Landeskommandanten verraten haben.

Die bayerische Regierung hat von dem bayerischen Landeskommandanten, Herrn General von Lossow, Bericht über verschiedene Vorkommnisse bei der Hitlerschen Maiaktion, bei der die Reichswehr mittelbar beteiligt gewesen sein soll, eingefordert. Was dabei herauskommt, kann man sich heute schon denken. Es ist mir noch am Samstagmorgen von einem hochstehenden Offizier vertraulich mitgeteilt worden, daß der frühere bayerische Ministerpräsident und jetzige Regierungspräsident von Oberbayern, Herr von Kahr, sowie Herr Pöhner, der frühere Münchener Polizeipräsident, und andere einflußreiche Herren persönlich ihren ganzen Einfluß aufbieten, um auf den bayerischen Landeskommandanten oder ihm nachgeordnete Dienststellen im Wehrkreiskommando VII einen gewissen Druck bei dem Zustandekommen des verlangten Berichts an die Regierung auszuüben. Insbesondere wird mit einer Heftigkeit, die einer besseren Sache wert wäre, für Hauptmann Röhm, dessen Machinationen allmählich bekannt werden, Partei ergriffen und besonders seine früheren großen militärischen Verdienste hervorgehoben.

Wenn nämlich Hauptmann Röhm und sein Anhang aus dem Wehrkreiskommando VII hinausgeworfen werden, wo sie längst nicht mehr hingehören, so würden, kalkulieren seine damaligen Hintermänner, wie von Kahr, Pöhner, Dr. Bernreuther und der jetzige **Polizeipräsident** Nortz, welch letzterer mit einer Windfahne verglichen werden kann, — wenn Hauptmann Röhm seinen Mund nicht halten kann, so würden sie alle auf das schwerste bloß-